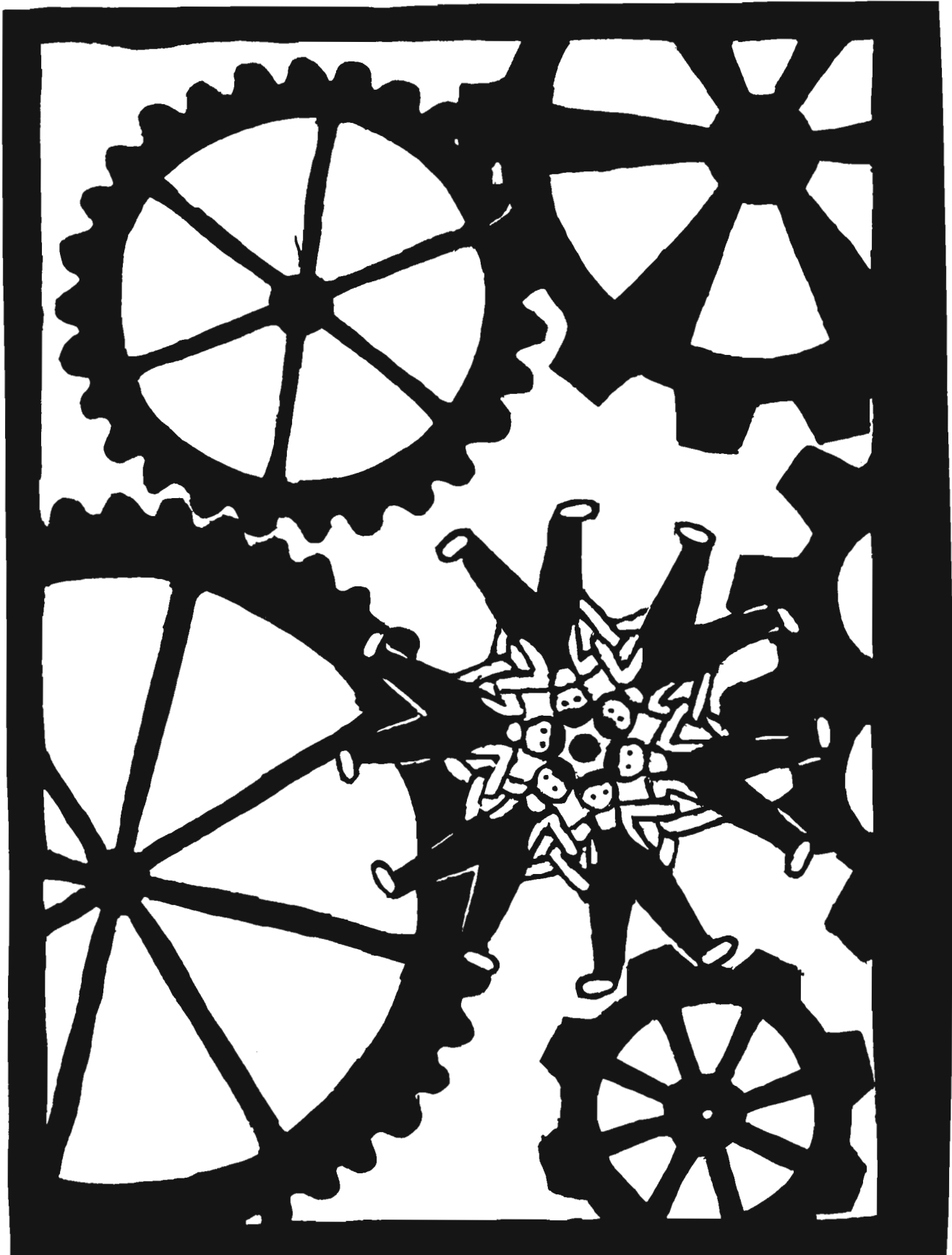


aspekte

FÖJ: bewegung für sozialismus

juni/juli 73 nr 53



K o m

Einzelpreis S 5,-
Jahresabonnement S 50,-

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

Redaktionskollektiv:
Olga Makomaski, Hannes Morschl, Zsolt Patka,
Manfred Pawlik, Alfred Prandl, Fritz Zaun

Inhalt

	Seite
Kommunalpolitik.....	2
Überlegungen zur taktischen und strategischen Funktion von Offensiv links.....	6
Warum wir im Nationalkomitee sind.....	10
Griechenland, Persien, Türkei: Drei Variationen zum gleichen Thema.....	12
Nieder mit der Junta !.....	18
Stellungnahme der FÖJ - BfS anlässlich der Indochina-Demonstration vom 18. 5. 1973.....	19
Rückblick auf den 1. Mai.....	20
Hoch der Aktionismus.....	22
Stellungnahme der FÖJ - BfS zum Berufsverbot des Wolfgang Massl.....	23
Zur Lehrlingsfrage.....	24
Information.....	26
Was zu demonstrieren war.....	27
Sommerakademie 1973.....	27

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"aspekte" Diskussions- und Informationsblatt der FÖJ - Bewegung für Sozialismus, Wien.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vielfältiger: Freie Österreichische Jugend - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10/1.

Kontonummer: 2-307-435, Länderbank Wien.

STADT IM KAPITALISMUS

Nationalratswahl 1971. Offensiv links stellte damals fünf Schwerpunkte in den Mittelpunkt der Agitation:

1. Arbeiterkontrolle, 2. Emanzipation, 3. Antimilitarismus, 4. Antiimperialismus, 5. Überleben.

Im "Anschlag Nr. 1" formulierten wir propagandistisch zu Punkt 5:

"Umweltprobleme jagen uns kalte Schauer über den Rücken. Allerorten türmen sich Autowracks in den verrauchten Himmel, werden Gewässer vergiftet, wird der Verkehrslärm unerträglich.

Was sie verängstigt und bestürzt, wird den Großstadtmenschen in Form von billigen Katastrophenmeldungen wie Butter aufs Frühstücksbrot geschmiert. Selbstbewußte Politiker verniedlichen die Krise der Umwelt zu einem technologischen Problem, das mit Politik nichts zu tun hat. . .

Denn es genügt ja, so wird erklärt und geschrieben, daß ein paar Kläranlagen mehr installiert, ein paar Gesetze genauer befolgt werden und man bei der richtigen Tankstelle das richtige Benzin tankt. Das für reinere Luft.

...

Wir halten die Krise nicht für ein Kavaliersdelikt einiger Industrieller. Sie ist nicht bloß Kehrseite des Wohlstandes, sondern Krebsgeschwür einer Gesellschaftsordnung, in der zwar alle arbeiten und Produkte herstellen, alle vor dem Gesetz gleich sind, aber nur wenige die Macht haben, Entscheidungen zu fällen.

...

Offensiv links wehrt sich gegen eine durch das Profitstreben weniger bewirkte systematische Vergiftung der Umwelt. Gleichzeitig glauben wir, daß unter Umwelt die Gesamtheit des Milieus verstanden werden muß, in dem der Mensch arbeitet und wohnt - also Wohnung und Arbeitsplatz. Deshalb kann die Umweltkrise nur beseitigt werden, wenn auch die Ohnmacht der arbeitenden Menschen, ihr Milieu selbst zu bestimmen beseitigt wird."

Die Krise ist seither nicht kleiner, sondern größer geworden und mit ihr das Unbehagen, das mehr und mehr Bevölkerungsschichten erfaßt. Die politischen Parteien in Österreich erkennen, daß es diese Probleme sind, mit denen zukünftige Wahlen entschieden werden. Die ÖVP präsentierte schon im Herbst ihre kommunalpolitischen Vorstellungen. Die SPÖ ist dabei, sich eine neue Plattform auf diesem Gebiet zu erarbeiten.

Mit den Überlegungen, die wir entwickeln, werden wir uns primär an die Masse der Arbeiter und Angestellten wenden und nicht an Institutionen. Kritik an der SPÖ als Regierungspartei und regierende Partei in Wien und anderen großen Städten muß verbunden sein mit der Aufdeckung der Wurzel der Übel, muß ausgehen von den wirklichen Lebensinteressen der Menschen (Welcher Schindluder hier getrieben wird zeigt die Debatte um den Bau eines zoologischen Instituts der Universität Wien im Sternwartepark in Währing besonders deutlich. Eine Volksabstimmung zu einer Frage, die

munalpolitik

die Lebensinteressen der Masse der Bevölkerung überhaupt nicht berührt!).

Auf sehr hohem Niveau der Verallgemeinerung heißt es dazu in den Grundsätzen der FÖJ – Bewegung für Sozialismus: "Die Entfaltung der Produktivkräfte und der Vergesellschaftung der Arbeit äußert sich in der steigenden Abhängigkeit der verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche voneinander. Das hat die Ausweitung der inneren Widersprüche des Kapitals auf allen Ebenen zur Folge. Der Städtebau, das Sozial- und Gesundheitswesen, die Kommunikationssphäre rücken immer mehr in der Öffentlichkeit zu Problemen auf. Hier werden besonders kraß die irrationalen Wirkungen der an Tauschwerten ausgerichteten kapitalistischen Produktionsweise deutlich. Privateigentum und Profitorientierung treten in Gegensatz zu gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen."

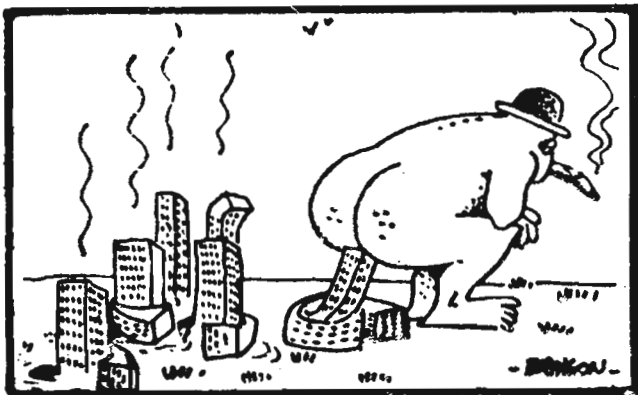
DIE GESELLSCHAFTSORDNUNG PRÄGT DIE STADT

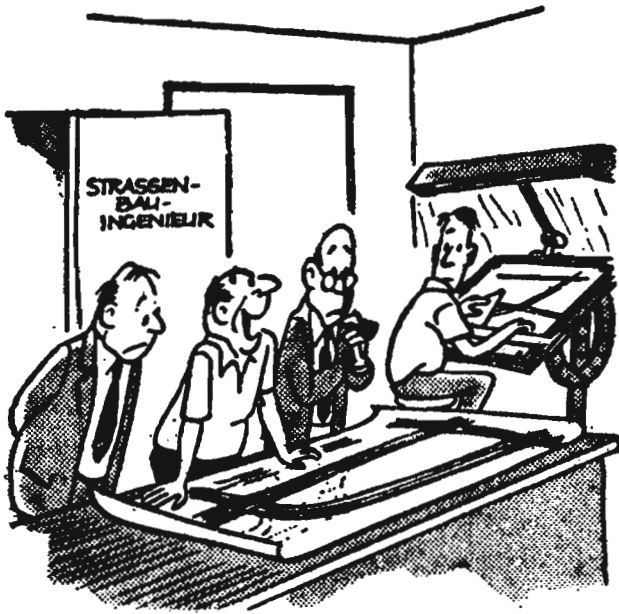
Die Stadt ist tatsächlich zentraler Bereich menschlicher Umwelt. Nicht nur einfach deshalb weil ein immer größerer Prozentsatz der Bevölkerung der entwickelten Industriestaaten in städtischen Ballungsräumen wohnt und arbeitet, sondern weil sie die versteinerte Form einer bestimmten gesellschaftlichen Ordnung sind. Einer Ordnung, die in jeder Hinsicht in der Stadt ihre Wurzel, ihren Sitz hat, materiell, politisch, ideologisch, von dort aus auch die Entwicklung und Entfaltung der ländlichen Regionen bestimmt und ihren eigentümlichen Bedürfnissen unterordnet. Das Wort Kapital kommt auf mit dem Aufkommen der Kommunen, schreibt Marx in einem Brief an Engels. "Mit der Stadt ist zugleich die Notwendigkeit der Administration, der Polizei, der Steuern usw., kurz des Gemeindewesens und damit der Politik überhaupt gegeben. Hier zeigte sich zuerst die Teilung der Bevölkerung in zwei große Klassen, die direkt auf der Teilung der Arbeit und den Produktionsinstrumenten beruht. Die Stadt ist bereits die Tatsache der Konzentration der Bevölkerung, der Produktionsinstrumente, des Kapitals, der Genüsse, der Bedürfnisse..." (Marx/Engels: Deutsche Ideologie, MEW Bd.3, S.50).

Der Anfang des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierungsprozeß prägt das Erscheinungsbild der Städte. Sie ent-

wickeln sich zunächst völlig chaotisch, von den jeweils gegebenen Bedingungen ausgehend (Rohstoffe, Verkehrslage, Arbeitskräfte, usw.). Die schrankenlose Willkür in der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft begleitet den Kapitalismus auf seinem Weg zur vorherrschenden Form gesellschaftlicher Produktion. Sie korrespondiert mit der anarchischen Ausbreitung der Städte, deren Struktur aber, die tägliche Wiederherstellung des Ausbeutungsverhältnisses ermöglicht und garantiert. In beiden Sphären wächst der Widerstand der Arbeiterklasse, in beiden Sphären wird das gegen den Feudalismus gerichtete, überkommene Gewohnheiten und Gesetze hinwegfegende laissez faire bürgerlicher Ökonomie schließlich zum Hemmschuh weiterer Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise, es wird untragbar. Was Marx zur Fabrikgesetzgebung schreibt – "diese erste bewußte und planmäßige Rückwirkung der Gesellschaft auf die naturwüchsige Gestalt ihres Produktionsprozesses, ist... notwendiges Produkt der großen Industrie..." (Kapital I, MEW Bd.23, S.504) – gilt im übertragenen Sinn auch für die ersten Formen bürgerlicher Stadtplanung. Daraus folgt: 1. Stadtplanung ist im wesentlichen ein nachträgliches Korrektiv. Sie gewinnt an Boden, wenn regulierendes Eingreifen unumgänglich wird. Trotz der nach außen so beeindruckenden Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten von Planung und Realisierung hat sich hier grundsätzlich nicht viel verändert. Die Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte zum Beispiel beweist das ganz deutlich. Verkehrsflächen, isoliert betrachtet wunderbar geplant, wurden einfach der ständig wachsenden, das städtische Leben erstickenden Autolawine angepaßt. Der Sog zum Auto wurde so nur weiter verstärkt, ein circulus virtiosus wird in Gang gesetzt, den das Kapital eifrig fördert, weil es in jeder Hinsicht verdient. Dann kommt der Punkt, wo es nicht mehr auszuhalten ist, man flüchtet aus der Stadt und – zersiedelt das Umland, usw. Jetzt allerdings sind wir schon soweit, daß der Transport der Ware Arbeitskraft, und darum geht es vor allem, auf diese Art nicht mehr gewährleistet ist. Als nachträgliches gesellschaftliches Korrektiv beginnt wieder die Förderung des öffentlichen Verkehrsmittel. Auf allen Gebieten, Betriebsansiedlung, Wohnen, Verkehr, Bildung, usw. Wird die einfache Anpassungsplanung (Engpaß – Beseitigung – Engpaß – Beseitigung – Engpaß...) nun ersetzt durch eine Anpassungsplanung höherer Ordnung. Das wissenschaftliche Instrumentarium, Prognostik hilft die bestehenden Trends zu erkennen, die dann als Sachzwang hingenommen in der Planung verwertet werden, dem Kapital so die besten Verwertungsmöglichkeiten planend.

2. Das "organische" Wachstum der Städte in der guten alten Zeit ist ein Mythos. Die "natürliche" Entwicklung der Stadt und die Stadtplanung drücken gleichermaßen die Interessen der herrschenden Klasse aus. Die Scheidung der Gesellschaft in Klassen findet sich wieder in der Scheidung der Stadtviertel, im Gegensatz von Villenviertel und Arbeitermieskasernen bzw. normierten Sozialwohnbau. Die großen Stadtpla-





«Mit dieser sechzehnspurigen Autobahn werden wir alle Probleme lösen können. Allein für geparkte Wagen sind vier Spuren vorgesehen...»

nungen nach dem Revolutionsjahr 1848 beinhalten alle strategischen Gesichtspunkte, die die Niederschlagung von Volksaufständen, den raschen und effektiven Einsatz von Militär betrafen. Wohnformen wurden und werden gefördert, die die Kommunikation behindern, die Isolation der Familie und damit die Konfliktaustragung in der Familie begünstigen, die Bereitschaft zum Klassenkampf senken (Eigentliche). Die Notwendigkeit der angemessenen Regeneration der Arbeitskraft, die freie Zeit des Arbeiters, ist längst vom Kapital in Beschlag genommen und profitabel verplant. Der normierte Konsum von Freizeitangeboten, die Unfähigkeit schöpferische Potenzen zu entfalten, entspricht der Entfremdung in der Arbeitswelt. Die städtische Struktur ist auch dieser Realität völlig angepaßt. Schließlich die Benachteiligung der Kinder, der Alten, der Kranken. Ihre Bedürfnisse werden immer zuletzt befriedigt, weil sie über eine für die kapitalistische Produktionsweise unumgängliche Voraussetzung nicht verfügen, ihre Arbeitskraft als Ware, als Tauschwert.

KONSEQUENZEN FÜR EINE LINKE POLITIK

Es kommt also darauf an, das was scheinbar unabhängig voneinander existiert, was getrennt erscheint, Produktion, Konsum, Politik, usw. in seiner Verschränkung auszuweisen, als Voraussetzung und Produkt einer bestimmten Organisation der Arbeit. Der Arbeiter ist rechtlos in der Produktion, sowohl gegenüber den Bedingungen der Erzeugung von Gütern, als auch gegenüber dem fertigen Produkt. Dem entspricht das Fehlen praktischer Einflußmöglichkeiten auf die städtische Struktur. Die bürgerliche Demokratie wird ausgezeichnet durch jenes Buhlen um Wählerstimmen, das eine fortschreitende Austauschbarkeit der bei Wahlen präsentierten Programme hervorruft. Die Vollzugsstufe, die Konkretisierung von Planung wird damit mehr und mehr die eigentliche

Konfliktebene. Sie ist dem Zugriff der Betroffenen völlig entzogen. Sie ist auch für eine fortschrittliche Politik nicht leicht zugänglich. Eine Mauer von "Fachleuten", Beamten, der ganze Verwaltungsapparat türmt sich da auf. Diese Bürokratie ist in hohem Ausmaß mit den herrschenden Interessengruppen verfilzt. Die Informationen, die die Stadtverwaltung gibt, sind schlichte Werbung für Leistungen, deren Stellenwert, deren Voraussetzungen im Dunkeln bleiben. Amtliche Verlautbarungen erreichen nur einen kleinen, vorgegebenen Kreis von Interessenten, Gruppen, die fähig sind und die Macht haben, ihre Anliegen durchzusetzen. Ihr Fachchinesisch ist ein zusätzliches Hindernis.

Welche Politik ist aus dieser gedrängten Zusammenfassung der Probleme abzuleiten? Bedeutet die Erkenntnis, daß eine grundsätzliche Lösung an die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung gebunden ist, auf den Kampf um Reformen in diesem gesellschaftlichen Bereich zu verzichten. Wenn nicht, wie führt man diesen Kampf?

In den Anschauungen der utopischen Sozialisten Owen, Fourier, Cabet usw. spielte die Stadtplanung eine hervorragende Rolle. Immer wieder wurde versucht den alten Städten in konkreten Experimenten neue Formen des Zusammenlebens, der Gemeinschaft gegenüberzustellen. Im Kommunistischen Manifest kritisierten Marx und Engels den beschränkten Charakter des utopischen Sozialismus, der glaubt durch Appelle an die ganze Gesellschaft und durch die Macht des Beispiels seine Ziele zu erreichen, ohne die politische, revolutionäre Aktion. Gleichzeitig geht aber ein direkter Zusammenhang von Politik und städtebaulicher Forderung für den Sozialismus verloren. Marx und Engels nahmen an, daß die Revolution, die Veränderung der sozialen Beziehungen notwendig auch ihren Ausdruck im Städtebau finden müsse. So richteten sie ihre ganzen Bestrebungen auf Theorie und Praxis der Revolution, in ihrer Prognose kürzere Fristen setzend, als dem Gang der Geschichte entsprachen. Sie entwickelten keine spezifischen Vorstellungen auf dem Gebiet des Städtebaus.

Aber der Kapitalismus, so wie er sich uns heute darstellt, kann nur gestürzt werden, wenn der Kampf offensiv auf allen Ebenen geführt wird. Auf allen Ebenen. So realisiert sich in ihm insgesamt jene Alternative, die konkret genug ist, die Arbeiterklasse den großen Schritt wagen zu lassen und nicht mehr "zurückzuschrecken vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke" (Marx). Die Linke wird also, soweit es ihr möglich ist, eigene Vorstellungen entwickeln müssen und nicht nur in der Negation des Bestehenden verharren können. Was die Inhalte der Forderungen betrifft, gelten die Bedingungen, die die BfS in ihren Grundsätzen festgehalten hat:

1. Besserung der Lage der Arbeiterschaft
2. Einschränkung der Verfügungsmacht des Kapitals
3. Propagandistische und organisatorische Vorbereitung der politischen und ökonomischen Machtergreifung der Arbeiterklasse.

Es gibt keinen automatischen Zusammenhang zwischen der Veränderung der Gesellschaft und neuen, zweckmäßigeren

Formen der Stadt. Die Revolution ist ein schöpferischer Akt der Volksmassen. Schöpferisch sein lernt man zunächst im Kampf um begrenzte Ziele. Die Massen müssen selbst die Schranken die ihnen die gesellschaftliche Ordnung setzt erkennen.

Von diesem inhaltlichen Rahmen, von diesem methodischen Ansatz her wären nun alle aktuellen Fragen der Kommunalpolitik zu behandeln: Die Stadt als Arbeitsplatz, Wohnen, Miete, Bodenrecht, Assanierung, Stadtverfassung, Steuerpolitik, Verkehr, Bildung, Freizeit, Gesundheit, Kultur, Bürgerinitiativen, Stadterneuerung bzw. -erweiterung, usw. Jeder Vorschlag und das wird entscheidend sein, muß in Beziehung gesetzt werden mit einer Politik, die auf eine Beteiligung der arbeitenden Menschen an Planung und Realisierung abzielt. Jeder konkrete Konflikt ist ein Anknüpfungspunkt. Das Problem der Form der Beteiligung muß immer wieder gestellt werden.

Paul KOLM



BOOK POWER

LITERATUR

Leitlinien für die Stadtentwicklung.

Kommentare und Gegenpapiere hiezu von der JG 16., der Österreichischen Gesellschaft für Architektur und anderen; Diskussionsprotokolle.

Regierungsentwurf eines Assanierungs- und Bodenbeschaffungsgesetzes.

Stellungnahme der JG 16 hiezu und Alternativkonzept.

Kursbuch 27: Planen, Bauen, Wohnen.

Stahl/Curdes: Umweltplanung in der Industriegesellschaft, rororo tele 70.

Sanierung – für wen? Hrsg. Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit, Berlin 71.

Autorenkollektiv der ETH Zürich, Göhnerswil – Wohnungsbau im Kapitalismus, Zürich 72.

Janssen/Schlandt: Stadtplaner und Reformgeister, Berlin 71.

Berndt: Das Gesellschaftsbild bei Stadtplanern, Stuttgart/Bern 68.

Kapitalistischer Städtebau, Luchterhand 70.

Kommunalpolitik – für wen? Arbeitsprogramm der Jusos, Fischer 71.

IOIO WIEN

*

BRIGITTE HERRMANN

GRÜNANGERGASSE 1

52 77 06

*

HEINZ KOLISCH

LIEBIGGASSE 9

43 32 21

Überlegungen zur taktischen und strategischen Funktion von Offensiv links

Der Versuch einer vorläufig abschließenden Klärung der Haltung der Bewegung für Sozialismus gegenüber Offensiv links und dessen möglicher taktischer und strategischer Funktion für die praktischen politischen Aufgaben der nächsten Zeit ist unerlässlich geworden. Die Verwirrung der Gemüter aber auch der Köpfe ist heute zwar weniger groß als noch vor wenigen Monaten anlässlich der Konstituierung von Offensiv links als Verein – trotzdem ist die korrekte Festlegung einer verbindlichen Orientierung für alle Beteiligten, insbesondere für die Bewegung für Sozialismus als tragende Kraft von Offensiv links, nach wie vor notwendig.

Es wird dabei nicht ohne einen gerafften Rückblick auf Entstehung und Entwicklung von Offensiv links abgehen. Es kann aber darauf verzichtet werden, noch einmal genauer auf die Einschätzung der mit der Kandidatur zu den Nationalratswahlen am 10. Oktober 1971 verknüpften Erwartungen und des Ergebnisses einzugehen. Es genügt hier, zusammenfassend festzuhalten, daß, gemessen am von vornherein illusionslosen Konzept der Kandidatur, die von uns gesetzten wichtigsten Zielsetzungen erreicht worden sind: d. s. massenhafte Propagierung und Verankerung des Namens in der Öffentlichkeit, relative Mobilisierung unorthodoxer Teile der Linken im politischen Vakuum der Wahlen, Gewinnung neuer Aktivisten und Sympathisanten für die Bewegung. Das Schwergewicht der Kritik, die an Offensiv links als möglichem Instrument eines sich ständig erneuernden, erweiternden und strukturierenden Sammelbeckens verschiedener linker Gruppierungen und Strömungen geübt wird, geht von der einschränkenden Charakterisierung der Funktion von Offensiv links als Wahllistenbezeichnung aus. Indem die Qualität und die Potenzen von Offensiv links darauf reduziert werden, kann das Argument, meist Kernpunkt der Kritik, leicht vortragen und plausibel gemacht werden: Offensiv links trage, ob es wolle oder nicht, am Makel der absolut geringen Stimmenanzahl, die es bei den Nationalratswahlen 1971 auf sich vereinigen konnte. Künftig werde dies, heißt es weiter, jede Überlegung bei Wählern und Mitarbeitern negativ beeinflussen, da sie sich von vorneherein vor Augen zu halten hätten, hinter Offensiv links stünden nur 1900 Stimmen, das ist in Wien knapp 0,02%. Auf dieses Argument ernsthaft einzugehen wird uns trotz seiner simplen und opportunistischen Natur dann nicht erspart bleiben, wenn wir Offensiv links tatsächlich – und es spricht vieles dafür – z. B. bei den Gemeinderatswahlen in Wien 1974 einsetzen wollen.

Vorerst einmal müßten wir jedoch in der Hauptsache davon ausgehen, daß Offensiv links keineswegs auf die eine oder andere Kandidatur, was Wirkungsbereich und Ausstrahlung betrifft, reduziert werden kann. Es hat sich wiederholt gezeigt, daß bestimmte Arbeitskreise, Aktionen und Kampagnen, sowie die darin erfaßten und mitwirkenden Personen zunächst nur über Offensiv links als ideologisch weitgehend offenstehende politische Formation ihren Zusammenhalt gewährleisten konnten. Weiters, daß bestimmte Gruppierungen außerhalb der KPÖ und SPÖ trotz prinzipieller ideologischer Übereinstimmung mit der BfS selbst befristete und beschränkte Zusammenarbeit nur in diesem verallgemeinern-

den Rahmen von Offensiv links einzugehen bereit waren und sind. Diese Argumentation, die sich zudem weitgehend auf politische Alltagserfahrung stützt, soll nicht auf eine negative Apologetik hinauslaufen und damit Offensiv links als linken Lückenbüsser rechtfertigen. Aber wir sehen es an etlichen anderen Beispielen politischer Aktionseinheit, daß bestimmte Kampagnen nur dann gesellschaftliche Bedeutung erlangen können, wenn die erwürgenden organisatorischen Korsetts der einzelnen Gruppen und Zirkel gesprengt und zum mindesten vorübergehend abgeschüttelt werden, wenn Einheitlichkeit interfraktioneller Erkenntnis sich auch einen äußeren sichtbaren Ausdruck zu geben weiß. Solche Ad-hoc-Komitees und andere variierende Formen linker Aktionseinheit leiden am entscheidenden Manko der Diskontinuität, sie entstehen, wirken und vergehen ohne nennenswerte Selbstreflexion und Vermittlung von dabei gewonnenen politischen Erfahrungswerten – von ihrer praktischen Auswertung erst gar nicht zu reden. Offensiv links sollte und könnte als permanent sich anbietende gemeinsame Plattform linker politischer Praxis auf österreichischem Boden eine ähnliche Funktionalisierung erfahren wie das Sozialistische Büro in Offenbach, welches seine Aufgaben folgendermaßen selbst umrissen hat:

"Sozialisten arbeiten heute in den Betrieben, in lokalen Gruppen, in Clubs, in Basisgruppen an den Hochschulen und Schulen, innerhalb der Jugendverbände und als kritische Gruppierungen innerhalb der 'offiziellen' Organisationen (Gewerkschaften, Kirchen, Parteien). In dieser weit verzweigten Praxis liegt die Chance einer neuen sozialistischen Bewegung. Aber: es fehlt an Kommunikation und an Koordination. Ergebnisse der theoretischen Diskussion, praktische Erfahrungen, Modelle spezifischer und lokaler Gruppen bleiben ohne Auswertung für die sozialistische Linke insgesamt, weil sie informatorisch nur unzureichend vermittelt werden. Das Sozialistische Büro will helfen, eine bessere Kommunikation unter der sozialistischen Linken und ihren verschiedenen Gruppierungen zu entwickeln und damit zur größeren Effektivität und zur Organisation sozialistischer Arbeit beitragen."

("links", Sozialistische Zeitung, Dezember 1972, S. 15)

Vor kurzem erschien in derselben Ausgabe von "links" ein Artikel von Oskar Negt über Organisationsfragen. Es wird darin der Versuch unternommen, die Positionen des Sozialistischen Büros näher zu umreißen und gleichzeitig in den Zusammenhang der kritisch beleuchteten Situation und daraus resultierender Aufgaben der Linken in der BRD zu stellen. Der Artikel, aus dem nachstehend zitiert wird, trägt den Titel: "Nach Interessen, nicht nach Köpfen organisieren":

"Die durch die Protestbewegung Politisierten standen mit ihren spektakulären Aktionen im Licht der bürgerlichen Öffentlichkeit und begannen sehr schnell zu verlernen, was politischer Erfolg ist und was lediglich Unsicherheit und damit Aufmerksamkeit bei den herrschen-

den Gewalten erzeugt. Die Gegenbewegung, die zur Fraktionszersplitterung führte, vollzog sich deshalb auf zwei Ebenen: das Einüben von straffer Organisationsdisziplin und die hermetische Abdichtung gegenüber jeder Form der Öffentlichkeit.

Wie politisch zusammenfassen, organisatorisch stabilisieren?

In dieser Hinsicht kann man durchaus von einem Fortschritt sprechen. Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Denn das im Verhältnis zur Protestbewegung gewachsene Organisationsbewußtsein der Linken ist mit dem Verlust an politischer Phantasie, an individuell-emanzipativen Interessen, Flexibilität der Strategie und Realitätshaltigkeit der Gesellschaftsanalysen erkaufte worden. Wer sieht, welches Maß an Energie für Positionskämpfe der Linken verschwendet wird, wird Verständnis dafür haben, daß es in der theoretischen und praktischen Krise dieser Fraktionen gegenwärtig weniger darauf ankommt, neben die bestehenden eine neue Organisation zu setzen und innerhalb des Rahmens sich zu bewegen, in dem Theorien mit Theorien und Ideen mit Ideen konfrontiert werden. Es geht vielmehr darum, den substanziellen Gehalt der Arbeit dieser Fraktionen und aller übrigen arbeitenden Gruppen politisch zusammenzufassen und organisatorisch zu stabilisieren.

...

Wie immer die Organisation aussehen mag, die der gegenwärtigen Situation der Klassenkämpfe angemessen ist: sie muß, soll sie nicht auf einen rein technischen Apparat oder auf Identifikationssymbole reduziert werden, zweierlei erhalten: zum einen die Zusammenfassung und Politisierung der spezifischen Lebensinteressen und der Bedürfnisse der Menschen; zum anderen die Aufhebung der Zersplitterung und Konkurrenz dieser Interessen, die der Kapitalismus ungleichgewichtig, ja häufig sogar gegeneinander organisiert hat.

...

In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat es sich in allen industrialisierten Ländern als katastrophal erwiesen, daß die in den Arbeiterparteien, den sozialdemokratischen ebenso wie in den kommunistischen, zusammengefaßten Individuen (ganz zu schweigen von den häufig sehr schnell wechselnden Parteiwählern) stets als ganze, eben als Sozialdemokraten, Kommunisten, klassenbewußte Proletarier gefaßt wurden, während ihre spezifischen Interessen, Wohnen, Kindererziehung, Sexualität, Arbeit, Freizeit unentwickelt, brach liegen blieben oder in einer Weise von oben organisiert wurden, daß die vom Kapitalismus mitproduzierten Bedürfnisse und Interessen sich überhaupt nicht frei ausdrücken konnten.

So entsteht bereits in der Phase des Vorfaschismus eine bedrohliche Schere: während man mit Stolz auf die wachsende Zahl klassenbewußter Arbeiter verweist, marschieren die Massen, und keineswegs nur die Kleinbürgerlichen, schon in eine ganz andere Richtung. Die von den damaligen großen Arbeiterparteien politisch und das heißt immer auch: mit einem hohen Grad von Selbsttätigkeit und Selbstorganisation nicht strukturierten und in ihrem materiellen Eigengewicht aufgearbeiteten Interessen und Bedürfnisse konnten vom Faschismus leicht aufgegriffen und gegen die objektiven Interessen der

Menschen umgewendet werden. Denn sie bleiben nie herrenlos auf der Straße liegen; entweder organisiert sie die eine Seite oder die andere; entweder rechts oder links.

...

Wie die italienischen Marxisten der Manifesto-Gruppe nachzuweisen versuchen, besteht die Funktion der Organisation nicht in erster Linie darin, Theorie und Praxis miteinander zu vermitteln, oder gar: Theorie in Praxis umzusetzen; vielmehr ist eine sozialistische Organisation und ein Instrument der Vermittlung zwischen Sein und Bewußtsein, zwischen der Gesellschaftsstruktur und dem gesellschaftlichen Verhalten und Bewußtsein der Individuen. Es gibt keine Avantgarden, die den Anspruch erheben könnten, im Besitz einer entwickelten Theorie zu sein, für die man lediglich noch die organisatorisch wirksamen Anwendungsbedingungen ausfindig machen muß. Es ist ein einheitlicher und gleichzeitig in sich widersprüchlicher Prozeß, in dem die für die Analyse der spätkapitalistischen Gesellschaftsordnung notwendige Weiterentwicklung der Marxschen Theorie sich verbindet mit praktischen Schritten der Organisierung der Interessen: das heißt ihrer Politisierung der unmittelbaren Interessen kann den Massen in Unsicherheitssituationen die Angst nehmen, alles zu verlieren. Werden diese Interessen nicht auf revolutionäre Umwälzungen hin strukturiert, so kommt die in Krisensituation entstehende Angst, die mit mangelndem Selbstbewußtsein eigener Aktivität verbunden ist, in der Regel der Rechten, bestenfalls den bürokratischen Arbeiterorganisationen zugute.

...

Verbindlichkeit kann heute nur noch in inhaltlicher Arbeit bestehen, in der Durchführung von Projekten, die dem einzelnen am Ort seiner Berufstätigkeit bereits in dieser Gesellschaft die Perspektiven einer neuen sichtbar machen.

Revolutionäre Politik kann heute nicht mehr an den politischen Machtzentren ausgerichtet werden. Die Machtfrage, die das ganze System betrifft, stellt sich erst in einer Bewegung von Streiks, die den ökonomischen und politischen Herrschaftsapparat außer Funktion setzen. Ereignisse, wie der Sturm auf die Bastille und die Erstürmung des Winterpalais, werden sich auch in vergleichbaren Formen nicht wiederholen.

Der Klassenkampf hat eine neue sinnliche Qualität angenommen, die Kampferfahrungen verbinden sich mit dem Bewußtsein, daß der gesellschaftliche Reichtum für alle verfügbar ist, die klassenlose Gesellschaft ist durchsichtig geworden, nicht ein bloßes Jenseits des Kapitalismus, das man den Menschen durch umständliche Vertröstungen und Hoffnungen klar machen muß; sie ist für jeden sinnlich erfahrbar geworden. Deshalb ist es auch nicht mehr in gleichem Maße wie in der Vergangenheit notwendig, den Interessen und Bedürfnissen von außen eine politische Dimension hinzuzufügen; es ist lediglich erforderlich, ihren politischen Inhalt zu entfalten.

...

("links", Sozialistische Zeitung, Dezember 1972, S. 10/11.)

Fortsetzung auf S. 8

aspekte 7

Fortsetzung von S. 7

Mit Recht taucht nun, wenn wir der Argumentation Negts ausschließlich folgen, die Frage auf, warum wir in einer an und für sich schon prekären organisatorischen Situation Offensiv links unterstützen und aufrechterhalten, gleichzeitig aber eisern an der FÖJ – Bewegung für Sozialismus festhalten. Die Antwort ergibt sich von selbst, von der Entwicklung der BfS in den letzten Jahren, von dem Selbstverständnis, das im Eröffnungsreferat von Genossen Margulies des 10. Bundeskongresses vom 16. – 18. März 1973 namens der damaligen Leitung vorgetragen wurde: diese Antwort ist begründet im Vergleich, ideologisch und organisatorisch, zwischen Offensiv links und BfS. Wir sehen eine notwendige Ungleichzeitigkeit der Entwicklung und der Reife, die bei Offensiv links bis jetzt noch soweit unterentwickelt ist, daß es derzeit noch den Vergleich mit dem Sozialistischen Büro in der BRD keineswegs aushält, sondern sich nur an dessen Vorbild für eine zukünftige Strategie orientieren könnte. Die BfS hat demgegenüber eine ideologische Klärung ihrer Positionen geleistet, die in den von uns auf dem 10. Bundeskongreß diskutierten und beschlossenen Grundsätzen ihren vorläufigen Abschluß gefunden hat; sie hat eine ständige organisatorische Strukturierung in Richtung Straffung und Rationalisierung der Arbeitsweise, des Einsatzes weitergetrieben, kurz: die BfS entspricht in ihrem Kern den Kriterien einer Organisation mit theoretischen und praktischen Interventionsmöglichkeiten in beschränktem gesellschaftlichem Umfang ohne die üblichen sektiererischen und auch objektiv massenfeindlichen Rituale gängiger avantgardistischer und Kadergruppierungen der Linken. Die Abgrenzung bedeutet in keiner Weise, daß wir Offensiv links als Vorfeldorganisation der BfS, der "eigentlich sozialistischen Avantgardeorganisation" unter beiden, verstehen dürfen. Wenn wir eingangs von einer korrekten Festlegung unseres Verhältnisses zu Offensiv links gesprochen haben, bedeutet das auch eine offene und ehrliche Erklärung unserer politischen Absichten bezüglich Offensiv links: wir wollen es weder aus dem Vordergrund, durch organisatorische Dominanz, noch aus dem Hintergrund, manipulieren; sollte Offensiv links im Zuge bestimmter Aktivitäten der nächsten Zeit eine wirkliche organisatorische Eigendynamik entfalten, werden wir uns nach Maßgabe unserer Kräfte daran beteiligen, sie jedoch niemals abzublocken versuchen. Es ist jedoch auch klar, daß, solange die BfS tragende Kraft wie derzeit noch von Offensiv links ist, unsere Vorstellungen und Initiativen notgedrungen die Oberhand in allen Entscheidungen behalten werden. In diesem Sinn kann Offensiv links für uns nur politische Ergänzung, nicht aber organisatorische Konkurrenz bedeuten.

Abschließend noch einige Worte zur immer öfter gestellten Frage einer Kandidatur von Offensiv links zu den Gemeinderatswahlen in Wien 1974. Es war ursprünglich vorgesehen, aber aus Gründen der Zeitknappheit und der Vordringlichkeit anderer Problemkomplexe gestrichen worden, kommunalpolitische Fragen im Rahmen des 10. Bundeskongresses eingehender zu behandeln. Die Diskussion darüber muß noch im heurigen Sommer beginnen; sollten wir zu einem positiven Entschluß kommen, müßte die Kampagne im Herbst dieses Jahres gestartet werden. Ich möchte hier nur auf einen Aspekt hinweisen: an unserer Haltung zu Wahlen im

allgemeinen hat sich seit der Kandidatur 1971 im wesentlichen nichts geändert. Eine aktive Beteiligung oder Nichtbeteiligung ist eine taktische, keine strategische Frage. Wahlen überhaupt zu negieren oder zu boykottieren, außer in Ausnahmesituationen, ist bestenfalls rationalisierte Ohnmacht, keine Politik. In jedem Fall ist vom politischen Stellenwert auszugehen, wobei Teilnahme an Wahlen immer nur Mittel zum Zweck bedeuten kann, größere Möglichkeiten politischer Vermittlung, von vorneherein gegebene Legitimation für die Agitation vor breiter Öffentlichkeit etc. Dies war die Einschätzung und Begründung der Kandidatur 1971. Sie ist, glaube ich, nach wie vor richtig. Inzwischen haben sich viele unserer und anderer Voraussagen über die SPÖ-Regierung erfüllt – eines haben wir jedoch nicht vorausgesehen, und es zeigt sich seit den Grazer und noch mehr seit den Kärntner Gemeinderatswahlen, daß ein von uns zwar in unsere tägliche Arbeit einbezogener, aber kurzfristig unlösbarer Widerspruch, der weiter unten ausgeführt wird, unter Umständen zum dominierenden Element in der politischen Entwicklung der nächsten Jahre in Österreich werden könnte, an welchem Erfolg oder Mißerfolg unserer Politik ebenso gemessen werden muß, wie die Legitimation anderer linker Gruppierungen einschließlich der KPÖ: dieser Widerspruch besteht im Fehlen einer glaubwürdigen Alternative links von der SPÖ, einer alternativen Kraft, die die zunehmende Enttäuschung und Entillusionierung breiter Massen über die Politik und den Charakter der SPÖ-Regierung und der Partei selbst artikulieren, in Bewegung umsetzen könnte, um die Massen nach links zu drängen, den Weg nach rechts zu versperren. Wir können mit mehr oder weniger großer Beunruhigung die Auswirkung des Fehlens einer solchen Alternative seit einiger Zeit beobachten: der Trend nach rechts, die Aufwertung der bisher noch nicht erprobten dritten Kraft im Parlament, der kleinbürgerlich-radikalen, die Interessen der zügellosesten Teile der österreichischen Großbourgeoisie und des ausländischen Kapitals vertretenden FPÖ und der Bürgerblock. Es nützt das ganze Gegeifer der KPÖ nichts gegen die linken Gruppen außerhalb ihrer eigenen Reihen, nichts das Gejammer der Genossen über die KPÖ, solange diese Aufgabe, der die KPÖ offensichtlich nicht gewachsen ist, von anderer Seite nicht in Angriff genommen wird. Eine mögliche Kandidatur von Offensiv links zu Gemeinderatswahlen in Wien, würde neben allgemeinen taktischen auch diese besondere strategische Perspektive mit eröffnen, eine Perspektive, die zudem unter anderen, vor allem realistischeren und angemesseneren Bedingungen stehen würde als die seinerzeitige Kandidatur zu den Nationalratswahlen.

Solche und andere Überlegungen zu Offensiv links und zur BfS müssen aber auf den einen zentralen Orientierungspunkt bezogen sein: es geht um die Gesamtbewegung, um die Aktivierung und Organisation der arbeitenden Massen; ihr Erwachen und Bewußtwerden wird alle jetzt existierenden und noch auftauchenden Parteien und Gruppen der Linken dann ebenso erschüttern und in Frage stellen, wie das kapitalistische System selbst, wenn sie ihre Identität anders als aus diesen Zielsetzungen und Kämpfen resultierend begreifen. Unser Beitrag ist es, den Lernprozeß zu beschleunigen und abkürzen zu helfen, indem wir aus eigenen Fehlern lernen, und die Richtung weisen, wo Wege eingeschlagen werden, die wir schon selbst gegangen sind, und die wir aus eigener Erfahrung als Holzwege kennen. ■

KLUB LINKS

1020 Wien,
Odeongasse 1,
Eingang:
Große Mohrengasse

Die FÖJ-Bewegung für Sozialismus hat in ihrem neuausgestalteten Lokal in der Odeongasse einen Klub eröffnet.

Der Klub links ist vorläufig jeden Freitag und Samstag ab 18 Uhr geöffnet. Außerdem sind Veranstaltungen an anderen Tagen geplant.

Man kann im Klub links: sitzen, reden, trinken, linke Zeitungen lesen, stehen, plaudern, Freunde und Genossen treffen, Kleinigkeiten essen, diskutieren, Musik hören, Bilder ansehen oder welche machen, fallweise Filme sehen, Aktionen planen, sich ausruhen, usw. usw. ...

Gäste sind willkommen!



politische tätigkeit & recht

Justiz und Gesetz sind im Bewußtsein der meisten Menschen bedrohliche Begriffe und das nicht zu Unrecht.

Selbst für das aufgeklärtere Bewußtsein, das es als Machtinstrument der herrschenden Klasse begreift, wird das Recht dadurch nicht anziehender. Die Folge davon ist, daß aus Unwissenheit Aktivitäten gesetzt werden, deren rechtliche Konsequenzen einerseits in keinem Verhältnis zu ihrer praktischen Wirkung stehen und andererseits manche legale Möglichkeit politischer Tätigkeit nicht entsprechend genutzt wird.

Um diesem Mangel abzuhelpfen hat das Redaktionskollektiv der "ANSCHLÄGE" den

ANSCHLAG 3

herausgebracht.

Zu erhalten ist diese Broschüre in den Buchhandlungen Heinz Kolisch und Brigitte Herrmann. Selbstverständlich auch im Sekretariat der FÖJ - Bewegung für Sozialismus Belvederegasse 10, Telefon 65 19 52.

Warum wir im Nationalkomitee sind

Nach dem Ausscheiden von 22 Organisationen aus dem Nationalkomitee, umfaßt dieses nun 43 Mitglieder. Ausgeschlossen sind von linker Seite: aus Protest gegen die Politik der Rechten: Gruppe Revolutionärer Marxisten (GRM), Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK), Aktion marxistischer Studenten, Evangelische Studentengemeinde und das Indochinakomitee Kärnten; durch Nichtaufbringung des Mindestbeitrages (20.000 S, Anm. d. Red.): Club slovenischer Studenten, Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM), Verband Marxistischer Studenten (VMS), Verband Marxistischer Arbeiter (VMA), Mittelschülerzeitungszentrum, Verband Sozialistischer Studenten (VSStÖ) und Internationaler Zivildienst (IZD). Also insgesamt 12 linke, in der Vietnamsolidaritätsbewegung tätige, Organisationen. Die ML-Gruppen hatten sich schon anlässlich der Gründung des Nationalkomitees von diesem distanziert.

Die jetzige Zusammensetzung des Komitees sieht so aus:

- 5 von ÖVP bzw. FPÖ beherrschte Organisationen,
- 3 "unabhängige" bürgerliche Organisationen,
- 8 konservative bis reaktionäre Studentenverbindungen,
- 9 Kirchenorganisationen,
- 6 caritative Hilfsorganisationen,
- 6 sozialdemokratisch beherrschte Organisationen,
- 4 KPÖ-Organisationen,
- FÖJ - Bewegung für Sozialismus und Offensiv links.

Damit hat das Nationalkomitee eine ganz gewaltige rechte Schlagseite. Zum mindesten wenn man die quantitativen Verhältnisse betrachtet. Bei Abstimmungen aber fließen oft die Grenzen zwischen "rechts" und "links". Niemand wagte es bis heute die Positionen der USA und des Saigoner Regimes im Nationalkomitee zu vertreten. Diese sind durch die allseits bekannten Tatsachen derartig diskreditiert, daß sich die Reaktionäre darauf beschränken müssen, möglichst wenig vom Standpunkt der FNL und der Demokratischen Republik Vietnam in die Beschlüsse des Nationalkomitees einfließen zu lassen. Ihre Politik versuchen sie mittels der Forderung: "Reden wir nicht von den Schuldigen, helfen wir den armen Opfern" zu betreiben. In der Öffentlichkeit wurde diese Politik bereits zum Scheitern verurteilt, daher ist sie auch im Nationalkomitee erfolglos. Trotz Sabotage und Verschleppungstaktik der Rechten, ist es gelungen eine politische Plattform zustande zu bringen, die ein für die Linke akzeptabler Kompromiß ist. Wir bringen die wesentlichen Teile:

"Allein seit Beginn der offenen amerikanischen Intervention 1961 wurden 2 Millionen Menschen getötet, davon zumindest 1 Million vietnamesischer Zivilisten. Fünf Millionen Menschen wurden verletzt, davon mindestens 2 Millionen vietnamesischer Zivilisten. Allein bis 1967 wurden 250.000 Kinder getötet, 750.000 verletzt. Hunderttausende Kinder wurden zu Kriegswaisen. 11 Millionen Menschen wurden aus ihren Heimatdörfern vertrieben. 1,5 Millionen von ihnen wurden verwundet oder für immer verkrüppelt. Ein Siebentel des südvietnamesischen Landes wurde mit chemischen Waffen zur sogenannten "Entlaubung" übersät. Hunderttausende Menschen erlitten dadurch zeitweilige oder andauernde Vergiftungen.

...

Der Grund, der unsere Hilfe notwendig macht, sind also die ungeheuren Zerstörungen, die aus den Versuchen verschiedener Staaten resultieren, Vietnam gewaltsam unter ihre politische Abhängigkeit zu bringen. Zuletzt stützten die USA in Südvietnam eine von ihnen abhängige Diktatur. Um den immer stärkeren Widerstand gegen diese Diktatur zu brechen, überzog das Saigoner Regime und die mit ihm verbündeten USA das Land während vieler Jahre mit einem grausamen Krieg. Infolge des Scheiterns dieser Versuche und des Druckes der Weltöffentlichkeit mußte jedoch der Krieg eingestellt werden, nichtvietnamesische Truppen mußten das Land verlassen und das nationale Selbstbestimmungsrecht des vietnamesischen Volkes wurde anerkannt. Dies bedeutet einen großen Fortschritt auf dem Weg zu einem Frieden in Vietnam.

Was sich in Indochina abspielte ist aber nicht etwas, an dem wir Österreicher unbeteiligt waren, auch wenn wir nicht zu den kriegführenden Parteien gehörten. Zu viele haben lange genug geschwiegen und zugesehen wie wenige davon profitiert haben."

Dann folgt eine Zeittafel, die den Ablauf der vietnamesischen Geschichte und der imperialistischen Interventionen von 1941 bis 1973 zeigt. Diese Zeittafel wird durch folgende Sätze eingeleitet:

"Ungefähr seit hundert Jahren steht Indochina unter der direkten Kontrolle von Kolonialmächten. 1895 wurden die französischen Protektorate Annam und Tonking errichtet. Der französische Kolonialismus war vor allem auf die Ausbeutung der Rohstoffe (Kautschuk) und den Reishandel gerichtet, sowie auch die Errichtung des Monopols für französische Waren und die Profitziehung aus Alkohol- und Opiumhandel.

Relativ früh bildete sich eine nationale Widerstandsbewegung, die in den dreißiger Jahren unter Führung von Ho Tschí Minh immer stärkerere sozialrevolutionäre Akzente erhielt. Schon 1919 hatte der damals 29jährige Ho Tschí Minh bei der Friedenskonferenz in Versailles die bürgerlichen Grund- und Freiheitsrechte für sein Volk gefordert, war aber nicht gehört worden."

Auszug aus der Zeittafel:

1967: Eine CIA-Untersuchung über die Auswirkung der US-Bombardements auf Nordvietnam schätzt die Opfer auf "etwa 80% Zivilisten". Dennoch wurden die Bombardements fortgesetzt. Die Gesamtstärke der US-Bodentruppen weitet sich aus und erreicht Ende des Jahres 555.741 Mann. Dennoch bleibt der größte Teil Südvietnams weiter unter der Verwaltung der provisorischen Revolutionsregierung. Der größere Teil der Bevölkerung wurde jedoch unter Kontrolle der US-Truppen und des nunmehrigen Diktators Van Thieu gebracht: Durch gewaltige Umsiedlungsaktionen im Rahmen des "Befriedungsprogramms" wurden Millionen Bauern nach Verbrennung ihrer Dörfer in Lagern interniert, die "strategischen Dörfer", auch "Dörfer des neuen Lebens" genannt werden, um so die Unterstützung der FNL durch die ländliche Bevölkerung zu verhindern.

Die Plattform endet:

"Wenn wir heute durch eine großangelegte Spendenaktion der gesamten leidenden Bevölkerung Vietnams helfen wollen, müssen wir uns der gegenwärtigen Lage in Vietnam bewußt sein.

Wie unter Diem (1954-1963) gibt es auch unter Van Thieu unzählige politische Gefangene, nur sind es noch mehr: Laut 'Amnesty International' sind in Südvietnam zumindest 200.000 Menschen eingekerkert, mehr als in jedem anderen Staat der Welt. Ihnen droht die Liquidierung. Millionen Menschen sind in 'strategischen Dörfern' interniert und dürfen auch jetzt nicht in ihre Heimat zurück, denn diese wird von der Provisorischen Revolutionsregierung verwaltet. Ebenso wie Diem denkt auch Van Thieu nicht daran, die vertraglich vorgesehenen Wahlen in allgemeiner und freier Form durchzuführen. Eben erst hat er sämtliche Parteien bis auf drei aufgelöst, von denen ihn zwei offen unterstützen. Jede der vielen politischen Gruppierungen, die in der FNL vereinigt sind, ist verboten.

Der Druck der Weltöffentlichkeit muß die Einhaltung und Durchführung des Pariser Abkommens durch alle beteiligten Parteien erzwingen!"

Selbstverständlich sehen wir die Schwächen und Gefahren des Nationalkomitees in seiner derzeitigen Zusammensetzung. Unübersehbar sind die Versuche die Indochinasolidaritätsbewegung zu spalten, die Öffentlichkeit zu verwirren, die proamerikanische Politik der Österreichischen Regierung zu verschleiern und die Aktivitäten der Jugend in unpolitische, caritative Bahnen zu lenken. Man muß aber sehen, daß solche Versuche immer weniger Erfolg haben und letztlich scheitern werden. Dazu haben die Aktionen und Kampagnen der Linken in den letzten Jahren entscheidend beigetragen. Aber auch unser Auftreten im Nationalkomitee unsere Auseinandersetzung mit bürgerlichen und sozialdemokratischen Auffassungen. Der Erfolg wäre ohne Zweifel größer gewesen wenn sich mehr linke Organisationen innerhalb des Nationalkomitees voll eingesetzt hätten.

Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus und Offensiv links sehen im Nationalkomitee vor allem drei Möglichkeiten:

1. Dem kämpfenden Volk von Vietnam materielle Hilfe in verstärktem Ausmaß zu gewähren (Verdreifachung der Spenden durch die Bundesregierung).
2. Mit der Legitimation des halboffiziellen Nationalkomitees, die politische Information und das Solidaritätsbewußtsein an eine breitere Öffentlichkeit heranzutragen.
3. Auf die im Komitee vertretenen Organisationen und ihre Funktionäre einzuwirken und den Differenzierungsprozeß zwischen den reaktionären Bürokraten und der Basis bewußt voranzutreiben.

Diese Möglichkeiten wollen wir auch in Zukunft zielstrebig und ohne faule Kompromisse nutzen.

Selbstverständlich bleiben unsere Forderungen nach Anerkennung der FNL, der G.R.U.N.K. und der laotischen Befreiungsfront durch die Österreichische Bundesregierung aufrecht. Ebenso die Forderung des Abzugs aller US-Land-, Luft- und Seestreitkräfte aus ganz Südostasien. Aufrecht bleibt unsere Bereitschaft an jeder, nichtsektiererischen Solidaritätskampagne für die indochinesische Revolution teilzunehmen.

22. Mai 1973

Herbert BRUNNER

Griechenland, Persien, Türkei:

Drei Variationen zum gleichen Thema

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs befanden sich 91% Afrikas, 75% Polynesiens und 57% von Asien praktisch im Besitz von fünf westeuropäischen Staaten. Diese Situation hat sich seither nahezu vollkommen geändert.

In unserer Welt ist aus dieser Zeit jedoch etwas übriggeblieben: 48% der industriellen Produktion erfolgen in den Ländern Südeuropas, Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Es gibt bereits eine Reihe von Begriffen, um dieses Erbe aus der Kolonialzeit zu klassifizieren: Entwicklungsländer, unterentwickelte Länder usw.

Hat eigentlich nur in einem – bevölkerungsmäßig und flächenmäßig betrachtet – kleinen Teil der Erde die Entwicklung stattgefunden? Haben nicht – es wird soviel von Entwicklungshilfe gesprochen – die Industriestaaten dem anderen Teil geholfen, die lange verhinderte Entwicklung nachzuvollziehen?

Es ist unbestritten, daß die Industriestaaten den in ihrer Entwicklung zurückgehaltenen Ländern zu etwas verholfen haben: bestritten ist, ob es sich dabei um "Entwicklung" handelt. Es ist unbestritten, daß mit Hilfe oder durch den Einfluß der Industriestaaten gewisse Veränderungen stattgefunden haben. Welcher Art waren und sind diese Veränderungen?

Als die entwickelte Industrie Europas und Nordafrikas Absatzgebiete nötig hatte, stellte sich heraus, daß es ebenso nötig war, in den dafür ausersehenen Ländern ein wenig Kaufkraft entstehen zu lassen. Mit dieser Erkenntnis begann die Veränderung in den unterentwickelten Ländern. Es begann jedoch auch der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Industriestaaten und den Folgen, die die Realisierung dieser Bedürfnisse nach sich zog.

Für die Entwicklungsländer kann festgestellt werden, daß die sogenannte Entwicklung, die sie genommen haben sollen, sich genau in dem Rahmen hält, der von den Industriestaaten erwünscht ist. Welcher Punkt in dieser genehmigten Entwicklung wurde nun von den drei Staaten Griechenland, Türkei und Persien erreicht?

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsstruktur läßt sich für alle drei Staaten die Feststellung treffen, daß sie noch immer Agrarländer sind. In Griechenland sind 50% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, produzieren 20% des Bruttoinlandsproduktes und damit 60% des Gesamtausfuhrwertes. Etwas schlechter liegen die Verhältnisse in den beiden anderen Staaten:

Türkei: 69% der Erwerbstätigen – 69,5% des Ausfuhrwertes;
Iran: 19% des Bruttonationalproduktes, 55% des Ausfuhrwertes, 70% leben direkt oder indirekt von der Landwirtschaft, wobei nur 10% der Gesamtfläche überhaupt genutzt werden.

Diese Ziffern geben außerdem Aufschluß über den geringen Entwicklungsgrad der landwirtschaftlichen Produktion, der unvermeidlich eine Verschleuderung von Arbeitskraft nach sich zieht. Die Ursachen für diesen Mißstand sind verschieden. In Griechenland wurde bereits vor Jahrzehnten eine Bodenreform abgeschlossen – jedoch nur hinsichtlich des Großgrundbesitzes. Die schlechte Organisation der Produktion, die nur langsame Steigerung des Einsatzes von Landmaschinen und Düngemitteln können durch das besonders für Obstkulturen, Oliven und Weinbau günstige Klima kaum aufgewogen werden.

In Persien wurde im Rahmen der sogenannten Weißen Revolution – ein Produkt des Regimes nach ausgiebigem Druck durch die Kennedy-Regierung – die Landreform in Angriff genommen. Sie ist bis heute nicht abgeschlossen – exakt genommen ist sie nicht im Gange, sondern gescheitert: nach Abschluß der 2. Durchführungsphase der Landreform hatten laut Regierungsangaben nur 16% aller auf dem Lande lebenden Menschen tatsächlich Land erhalten. Von den übrigen Bemühungen, die elenden Lebensbedingungen zu bessern, schreiben Regierungsbeamte: "...daß in den vergangenen acht oder neun Jahren kein positiver durchgreifender Schritt, keine nennenswerte Arbeit und keine fundamentale Bemühung zur Verbesserung der Lebenslage oder zur



Das sieht toll folkloristisch aus, nicht wahr, Liebste?

Beseitigung der Schwierigkeiten des Lebens in den Dörfern getan worden ist. Die Bauern und Landbewohner leben immer noch ein bitteres Leben; in denselben Lehmhütten, unterirdischen Löchern und in denselben Verhältnissen wie vor der Bodenreform. Es gibt für diese Tatsachen keinen besseren Beweis, als unsere objektiven Beobachtungen im Verlaufe unserer Reise durch die Ostprovinzen des Landes" ("Teheran Economist", 31. Mordad 1349, Nr. 850). Dem ist nichts hinzuzufügen.

In der Türkei wurde eine ähnliche Reform noch nicht einmal in die Phase der Erwägung gezogen, denn wie es in europäischen Quellen heißt, kann sie wegen "politischer Rücksichten auf Interessengruppen nicht durchgeführt werden" (Munzinger Handbuch – Türkei 1972).

Es ist also nicht die Landwirtschaft in diesen Ländern, die sich als Basis für den Beginn oder die Weiterentwicklung der Industrie verwenden läßt. Was ist es dann?

In Berichten über die Wirtschaftslage der drei Staaten ist der enorme Anteil an ausländischem Kapital auffällig. Dies gilt natürlich vor allem für Griechenland, das als einziges eine sichtbare Veränderung erfahren hat – in griechischen Wirtschaftsberichten heißt es "wirtschaftliche Entwicklung" – und zwar seit dem 21. April 1967. Die Veränderung ist nicht allein sichtbar, sie ist erschreckend. Allein vom 21. April 1967 bis Ende September 1970 wurden ausländische Kapitalinvestitionen in der Höhe von 1.351.715.000 US-Dollar (= 1 Milliarde, 351 Millionen 715 Tausend) in Griechenland genehmigt. Wie die griechische Regierung mitteilt – gegenüber von "nur" 350.142.000 Dollar in den vier Jahren vor dem Putsch (1963–1966). Es handelt sich um insgesamt 403 ausländische Unternehmen (Quelle: Koordinationsministerium Athen – Die Revolution vom 21. April baut das neue Griechenland, S. 129). Ein Drittel des gesamten Anlagekapitals in der griechischen Industrie ist amerikanischer Herkunft. Es folgen Frankreich, Italien, die Bundesrepublik Deutschland und andere.*

* Auch Österreich ist vertreten. Am 13. April 1972 unterzeichnete die Steyr-Daimler-Puch AG einen Vertrag der den Bau einer Fabrik in Thessaloniki vorsieht. Die österreichischen Investitionen betragen am Anfang 13 Millionen Dollar und werden stufenweise bis auf 30 Millionen Dollar erhöht.

Welcher Art ist nun die sogenannte Industrialisierung in Griechenland? Neben einer Anzahl von Fabriken zur Herstellung von Konsumgütern, gibt es einen Sektor Montageindustrie, die auf die Lieferung der Teile aus dem Ausland angewiesen ist; es gibt auch einen Sektor Rohstoffverarbeitung, der auf Lieferung der Rohstoffe aus dem Ausland basiert: zum Beispiel Erdölraffinerien. Griechenland – überflüssig, es zu erwähnen – verfügt nicht über Erdölquellen. Dagegen verfügt Griechenland über andere Rohstoffe, die nicht im Lande verarbeitet werden. Sie betragen 20% der Ausfuhren.

Trotz dieser enormen Veränderung beträgt der Anteil der Industrie am Sozialprodukt immer noch nicht mehr als 19%. Zu erwähnen bleibt noch der Bauwirtschaftssektor mit 11% und der übermäßig aufgeblähte Dienstleistungssektor mit 50% des Sozialproduktes. (Nach Publikation des Koordinationsministeriums.)

Die türkische Industrie erfährt eine ähnliche Behandlung: in den Jahren 1963–1967 insgesamt 1,81 Milliarden Dollar ausländischer Kapitalinvestitionen. 25,9% davon sind US-amerikanischer Herkunft. Dazu gesellen sich 1,363 Milliarden Dollar sogenannte Entwicklungshilfe für die Jahre 1966–1970, über deren nützliche Verwendung Zweifel herrschen müssen angesichts der ohnehin ständig inflationären Wirtschaftspolitik des Regimes. Als Rest des kemalistischen* Reformwerkes blieb eine – allerdings äußerst schwankende – staatliche Kontrolle der Wirtschaft zurück. Korruption, mangelnde Planung und Übersicht, sowie die Furcht der Herrschenden vor jeder Änderung lassen diesen Faktor zur Bedeutungslosigkeit herabsinken. Die türkische Industrie setzt sich nahezu ausschließlich aus Montagewerken zusammen. Die verschiedensten ausländischen Automarken werden zusammengestellt, aus Teilen, die zu 90% aus dem Ausland geliefert werden müssen.

Abgesehen von der Erdölindustrie Persiens, die bekanntlich von einem internationalen Konsortium mit iranischer Beteiligung besorgt wird, liefern 14% der übrigen Industriebetriebe 96,5% der gesamten industriellen Produktion. Von 86% der Industriebetriebe braucht daher gar nicht gesprochen zu werden.

Die ausländische Beteiligung ist auch hier ausschlaggebend. An der Spitze stehen auch hier die Vereinigten Staaten mit 27 Gemeinschaftsunternehmungen und die Bundesrepublik Deutschland mit 15 Unternehmen. Produziert wird wenig, umso mehr wird auch hier zusammengebaut, was aus dem industrialisierten Ausland kommt: Autobestandteile, Elektrogeräte und anderes. Konsumgüter und Verarbeitung landwirtschaftlicher Rohstoffe überwiegen. Im übrigen muß für Persien, wie auch für die Türkei und Griechenland festgestellt werden, daß die Produktion dieser Industrie offensichtlich nicht nach den Bedürfnissen der Bevölkerung geplant wird. In Ländern, die mit Hungersnöten zu rechnen haben wie Persien und die Türkei, mutet eine Industrie, die Kekse, Rasierseifen und Autos produziert und eine Landwirtschaft, die der dringendsten Reformen entbehrt, eigenartig an.

* kemalistisch = Nach Kemal Atatürk, dem Führer der nationalen bürgerlichen Revolution in der Türkei.

Weitaus bestürzender ist jedoch die Tatsache, daß alle drei Regimes viel mehr dafür investieren, an der Macht zu bleiben, als für die dringendsten Bedürfnisse der Völker, von welchen sie sich sosehr bedroht fühlen.

Alein an Militärausgaben leistet sich Griechenland 17%, Persien 14% und die Türkei 25% der Gesamtausgaben (Munzinger). Dazu kommen die Ausgaben für den Geheimdienst, dessen Budget z. B. in Persien generell unbegrenzt ist. Es ist ja "wichtig und notwendig", daß diese Regimes an der Macht bleiben – nicht allein für sie selbst: liegen doch diese drei Staaten an strategisch, wirtschaftlich und politisch bedeutenden Punkten. Die Erdölinteressen der Industriestaaten im Nahen Osten, der durch das Anwachsen des arabischen Nationalismus Nasserscher Prägung unsi cher geworden ist, die Tatsache, daß Israel aus Popularitätsgründen nicht für diese Zwecke verwendbar ist, nicht zuletzt die Frontstellung gegen die Sowjetunion, sowie gegen alle Bestrebungen für eine nationale Befreiung im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika – dies alles steigert die Bedeutung der letzten sicheren Partner.

Denselben Zwecken ist auch die Einbeziehung dieser Staaten in die EWG in den verschiedenen vorliegenden Formen gewidmet. An eine Entwicklung dieser Staaten zu glauben, die sich gerade gegenüber den Mitgliedern der Gemeinschaft an industrieller Konkurrenzfähigkeit in keiner Weise messen können, deren Konkurrenz mit landwirtschaftlichen Produkten dagegen untereinander – oder in Grenzen mit Italien – stattfindet, wäre vollkommen verfehlt.

Welche "Entwicklung" hier stattfinden soll, ist ziemlich deutlich aus den bisherigen Ergebnissen abzulesen.

Entwicklung im eigentlichen Sinne hätte jedoch anders auszu sehen. Sie muß die Anwendung aller technologischen Möglichkeiten umfassen, die der gegenwärtige Stand der wissenschaftlichen Entwicklung erlaubt. Darüber hinaus die Entfaltung aller menschlichen Kräfte und Fähigkeiten innerhalb einer Gesellschaft. Nichts läßt darauf schließen, daß diese Qualität der Entwicklung überhaupt angestrebt wird. Und schließlich sollen wir uns daran erinnern, daß wirtschaftliche und politische Abhängigkeit nicht nur aus totaler Unterentwicklung resultieren kann. Eine bestimmte Form wirtschaftlicher Entwicklung – die wir aus diesem Grunde als "Veränderung" bezeichnen wollen – führt zu denselben Ergebnissen. Es wäre unangebracht, dies als Zufall zu betrachten.

DER WEG IN DIE ABHÄNGIGKEIT

Spricht man von Griechenland, Persien und der Türkei, so fallen eine Reihe von Gemeinsamkeiten dieser Staaten sofort ins Auge. Man spricht vom Paradies. Vom Paradies für wen?

Man spricht vom Paradies für einheimische, besonders jedoch für ausländische Unternehmer. Ihnen sind alle Möglichkeiten offen, sie genießen alle Unterstützungen und Vergünstigungen.

In einer Publikation des griechischen Koordinationsministeriums heißt es: "Machen Sie es wie hundert ausländische Firmen: wickeln Sie Ihre Geschäfte für Europa, Afrika und

den Mittleren Osten von Griechenland aus ab. Das ausländische Geschäft in Griechenland wird nicht nur anerkannt, geschätzt und geschützt, es findet auch die Unterstützung von Regierung und Volk... Die griechische Regierung bearbeitet jeden Antrag auf ausländische Investitionen innerhalb von vierzehn Tagen..." (Monatlicher Wirtschaftsbericht, Sonderausgabe. Athen, Januar 1970, S. 20).

Dieselben Einladungen und Zusicherungen erfolgen gleichermaßen von türkischen und iranischen Regierungsstellen. Der Ausverkauf der einheimischen Wirtschaft soll perfektioniert, die Abhängigkeit von fremdem Kapital und somit die politische Abhängigkeit von den Industriestaaten endgültig fixiert werden.

In wirtschaftlicher Hinsicht haben die drei Länder nach wie vor große Rückstände aufzuholen: sie sind überwiegend Agrarstaaten, die Industrialisierung fand lange Zeit nicht statt und liegt heute mehrheitlich in ausländischer Hand. Die soziale Lage der Bevölkerung erfordert hohe Ausgaben für Militär und Geheimdienst, um Krisen und Spannungen jederzeit in den Griff bekommen zu können. Neben diesen sogenannten inneren Merkmalen weisen die drei Staaten noch ein gemeinsames äußeres Zeichen auf: ihre Stützpunkt- und Bollwerkfunktion für fremde wirtschaftlich – und somit strategische und politische – Interessen im Nahen und Mittleren Osten, in Afrika und Asien.

Bevor wir diese Behauptungen näher belegen, soll jedoch untersucht werden, wie diese Staaten in ihre heutige Situation geraten sind; wann die entscheidenden Wendungen in ihrer Geschichte erfolgten, die ihre nationale Unabhängigkeit bis heute beseitigten.

Die neuere Geschichte Griechenlands zeigt sich – ebenso wie die Persiens und der Türkei – als Geschichte fremder Interessen und Einflußnahme.

Für Griechenland, das seit dem 15. Jahrhundert unter osmanischer Besetzung stand, begann dieser Großmächteinfluß deutlich mit dem Beginn des Unabhängigkeitskrieges im Jahre 1821. Es waren England, Frankreich, Rußland und indirekt auch Deutschland und Österreich, die – jeder für seine eigenen Interessen – das Geschick des Landes und seiner Bevölkerung bestimmten. Durch Bildung von Vertretungsparteien im Lande selbst suchte jede der Großmächte, ihren Einfluß zu verstärken und Griechenland, das nach Erreichung der Unabhängigkeit im Jahre 1830 die Republik gewählt hatte, fand sich 1832 unter Otto von Wittelsbach als Monarchie wieder. Der Herrscher deutscher Abstammung hatte sich im Streit zwischen Frankreich, England und Rußland als das geringere Übel erwiesen.

Die weiteren Ereignisse stehen bereits überwiegend unter fremden Einflüssen, wobei England bis zur Ablösung durch die Vereinigten Staaten von Amerika 1947 seine Position am meisten verstärken konnte. Griechenlands Haltung in den beiden Weltkriegen, die Veränderungen in der Regierungsform und vor allem die Wirtschaftspolitik hatten Ursachen, die überwiegend außerhalb des Landes lagen. Die inneren Einflüsse, der Widerstand des Volkes gegen diese Entwicklung, erwies sich gegenüber dieser Koalition zu schwach. Nur unter äußerstem Druck wurden die notwendigsten Veränderungen zugestanden: die konstitutionelle Monarchie 1843, die Abschaffung des Großgrundbesitzes, die nach dem Ersten Weltkrieg vollzogen war, die Ausrufung der Republik 1924 etc. (1935 wieder beseitigt).

Ebenso wie nach der "Befreiung" von türkischer Herrschaft und nach der Ermordung des ersten Präsidenten der Republik, Capodistrias, Otto von Wittelsbach mit seinen Verwaltungs- und Sicherheitsorganen in Griechenland Einzug hielt, um die Befreiungskämpfer unter Kontrolle zu bringen, begab sich nach dem Zweiten Weltkrieg England mit seinen Truppen nach Griechenland. Es galt, die Widerstandskämpfer gegen die deutsche Besatzung (seit 1941) in Schach zu halten und zu verhindern, daß Griechenland mit Hilfe dieser Partisanenarmee einen Weg einschlug, der griechischen und nicht ausländischen Interessen entsprochen hätte. Der nachfolgende Bürgerkrieg wurde durch Unterstützung Großbritannien und der USA sowie durch die Haltung der UdSSR zugunsten westlicher Interessen niedergehalten. Eine der letzten möglichen Wendungen in der griechischen Entwicklung war nicht eingetreten.

Die Errichtung der Diktatur im Jahre 1967 entsprach konsequent dem Druck der Bevölkerung und ihren Forderungen: nach Beseitigung des ausländischen Einflusses, Beendigung der NATO-Mitgliedschaft, Abschaffung der Arbeitslosigkeit und Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Keine Partei erwies sich als fähig, sich an die Spitze dieser Forderungen zu stellen oder diese zu mildern. Die weitere Vertretung ausländischer Interessen – die Aufrechterhaltung des status quo – erforderten einmal mehr die Rückkehr zum offenen autoritären System.

Die Türkei und Persien befinden sich heute ebenfalls an diesem vorläufigen Endpunkt in der Entwicklung zur völligen Abhängigkeit. Alle drei Staaten haben den Punkt erreicht, an welchem die Forderungen der Bevölkerung und ihr Unmut nur mehr mit äußerstem Druck niedergehalten werden können; der Weg bis zu diesem Punkt gestaltete sich in den drei Ländern verschieden, die Möglichkeiten einer Änderung fanden verschiedene Zeitpunkte, hatten verschiedene Gesichter und haben dennoch eines gemeinsam: ihr Scheitern. Gemeinsam sind auch die Ursachen für diesen Weg in die Abhängigkeit, nämlich die Unterordnung national selbständiger Entwicklung unter die Bedürfnisse wirtschaftlich höher entwickelter Großmächte oder Staaten. Bereits das osmanische Reich bekam die Auswirkungen dieser Politik der Großmächte zu spüren, als – je nach Erfordernissen – an seiner Schwächung oder Stärkung gearbeitet wurde. Ein starkes osmanisches Reich als Gegengewicht gegen das zaristische Rußland, ein schwaches, das nicht in der Lage war, eigene Interessen durchzusetzen – beide Möglichkeiten waren abwechselnd von Bedeutung. Schließlich schien die Türkei diese Rolle ausgespielt zu haben, als die Großmächte nach dem Ersten Weltkrieg ihre Auflösung in Gebiete mit verschiedenem Einfluß planten. Derartige Pläne hatten bereits einmal, im Jahre 1908, den Aufstand der Jungtürken ausgelöst und trafen nun auf einen bedeutend härteren nationalen Widerstand unter der Führung Mustafa Kemal. Nach den ersten großen Siegen des Widerstandes gaben Großbritannien und Frankreich zu erkennen, daß sie nicht auf die Einhaltung des Vertrags von Sévres bestehen würden, der die Türkei mit Zustimmung der Hohen Pforte*

* Hohe Pforte = diplomatische Bezeichnung für den Regierungssitz des damaligen osmanischen Sultanats.

restlos fremder Herrschaft auslieferte. Dazu kam die Unterstützung der nationalen Bewegung durch die Sowjetunion, die schließlich zum vollständigen Sieg und zur Festsetzung etwa der heute bestehenden Grenzen beitrug.

Es begann die Verwirklichung des kemalistischen Reformwerkes, das eine national unabhängige, stark staatlich gelenkte Wirtschaftsentwicklung vorsah. Auch ohne fremde Einflüsse war das Bestreben Kemals zum Scheitern verurteilt, da es sich von Anfang an auf die Mithilfe der alten Feudalschichten stützte, die nie erfolgte. Bald war die schmale Basis verloren gegangen und Kemals Ideen waren schließlich – und hier war vor allem US-amerikanischer Einfluß ausschlaggebend – in ihr Gegenteil verkehrt worden. Das Bemühen, die kapitalistische Entwicklung in der Türkei mit Hilfe des Staates nachzuholen, war gescheitert, dem ausländischen Kapital wurde freier Raum gegeben, und die Türkei degenerierte erneut zum Garanten westlicher Interessen.

Die Ehre, letzter sicherer Stützpunkt westlichen Kapitals in Asien zu sein, teilt sich die Türkei mit Persien. Es handelt sich um eine ziemlich zweifelhafte Ehre, wenn man nicht westliche Interessen, sondern die Bevölkerungen dieser Länder und ihre Lage betrachtet.

Seit dem 18. Jahrhundert lernte das persische Volk die koloniale Herrschaft durch England und Rußland ziemlich genau kennen. Da Persien im Einflußbereich von zwei Großmächten lag, die die verschiedenartigsten Interessen verfolgten, wurde es nie direkt und vollkommen kolonialisiert. In der praktischen Bedeutung dieses Zustandes für die persische Entwicklung wurde dadurch jedoch nichts geändert.

Der britische Einfluß konnte auch hier wie in Griechenland und der Türkei verstärkt werden, besonders als zu Beginn des 20. Jahrhunderts im südlichen Teil des Landes – also im britischen Einflußbereich – die ersten Erdölquellen entdeckt wurden.

Und auch in Persien formierte sich der Widerstand des Volkes und fand seinen Ausdruck in Aufständen gegen die Vergabe von Monopolen an ausländische Mächte (Tabakmonopol 1891), in der konstitutionellen Revolution der Jahre 1905/06 sowie in ungezählten Aufständen, die bis heute erfolgreich niedergeschlagen werden konnten. Hierbei spielte die ausländische Unterstützung für die inländischen Machthaber die größte Rolle. Hatte Großbritannien 1925 mit einem Staatsstreich Reza-Khan zur Macht verholfen, so entfernte es diesen, als er im Zweiten Weltkrieg mit seiner Deutschlandfreundlichkeit unbequem wurde. Es folgte Schah Mohammed Reza, der Sohn, der sich 1953 von dem mit überwältigender Mehrheit gewählten Ministerpräsidenten Mossadeq absetzen und ins Ausland abschieben lassen mußte. Aber nicht dieser Schritt ging für die internationalen Interessen am persischen Öl zu weit, sondern die bereits 1951 erfolgte Verstaatlichung des Erdöls und die halsstarrige Haltung gegenüber allen Erpressungsversuchen. Inzwischen hatten die Vereinigten Staaten den Großteil der ehemals britischen Interessen für sich okkupiert und stürzten Mossadeq, um den Schah wieder auf den Thron zu bringen und die alten Verhältnisse wiederkehren zu lassen.

Vieles in der Geschichte der drei Staaten wird nur verständlich, wenn es unter dem Blickpunkt "ausländische Interessen" gesehen wird. Daher sollen diese etwas eingehender beleuchtet werden: Auffällig ist sowohl der Wechsel in der

Zusammensetzung dieser Vertreter fremder Interessen, als auch der Wechsel der Interessen selbst.

Für die Begegnung anderer Kontinente mit Europa waren zu Beginn Handelsinteressen von Bedeutung. Fremder Boden wurde nur an den Küsten und nur dann in Besitz genommen, wenn die Sicherung der Handelswege dies erforderte. Der nächste Schritt der europäischen Staaten war die Sicherung und auch die Besiedlung der ersten Kolonien auf dem amerikanischen Kontinent, und nur zum Teil in Afrika und Asien. Mit Griechenland, Persien und der Türkei war zunächst kein direktes koloniales Interesse verbunden, sie gewannen jedoch im Hinblick auf andere Kolonien Bedeutung, da sie die verkehrsmäßig und strategisch wichtigen Punkte einnahmen. Innerhalb der europäischen Staaten sicherten sich nach erbitterten Auseinandersetzungen besonders England, Frankreich, Rußland und Deutschland die Vormachtstellung als Kolonialmächte.

Die mit Hilfe der Ausbeutung der Kolonien rasch erfolgte industrielle Entwicklung in Europa schrieb den Kolonialmächten nun bereits neue Interessen vor: nicht der Boden als Siedlungsgebiet sondern als Lieferant von billigen Rohstoffen gewann an Bedeutung, und die Bereitstellung dieser Rohstoffe sollte am besten durch die billigen einheimischen Arbeitskräfte erfolgen. Dazu trat mit der fortschreitenden Entwicklung der Industrie in Europa und der zunehmenden Sättigung der Märkte das Bestreben, Absatzmärkte für Fertigprodukte zu finden und schließlich, mit zunehmender Sättigung des eigenen Marktes durch Kapitalinvestitionen die Notwendigkeit, das Kapital dort anzulegen, wo die Profitmöglichkeiten weit höher lagen: in den unterentwickelten Gebieten.

Der Wechsel innerhalb der Großmächte wurde ebenfalls durch deren eigene Entwicklung bestimmt. Nach der russischen Revolution schied die Sowjetunion aus dem Kreis der Kolonialmächte durch freiwilligen Verzicht auf sämtliche mit dem Zaren geschlossenen Abkommen aus. Die Vormachtstellung Großbritanniens fiel endgültig mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges an die Vereinigten Staaten, die bis heute tonangebend geblieben sind – gefolgt von der Bundesrepublik Deutschland, bzw. den Mitgliedstaaten der EWG, etc., etc.

Das Gesicht der Einflußnahme hat sich gewandelt. Man spricht heute nicht mehr von Kolonien und auch nicht von Kolonialmächten. Im Gegenteil: der Kolonialismus wird sogar verurteilt, um sein neues Gesicht, sein heutiges Gesicht, zu verschleiern.



EMANZIPATION VON DER UNTERENTWICKLUNG – BEFREIUNG FÜR WEN?

Die Notwendigkeit ökonomischer Entwicklung der unterentwickelten Länder wird – zumindest theoretisch – nicht mehr in Frage gestellt. Nicht die Ursachen des Rückstandes sondern die Möglichkeiten seiner Überwindung verdienen daher besonderes Augenmerk.

Eine konsequente Durchführung dieser Methode macht jedoch eines deutlich: es sind immer noch die Ursachen der wirtschaftlichen Unterentwicklung, die in veränderter Form wirksam sind und zu deren Beseitigung kein anderer Beitrag geleistet wird, als das verbale Bekenntnis eines abstrakten guten Willens, die unterentwickelten Länder in ihren Entwicklungsbestrebungen unterstützen zu wollen.

Große Hindernisse stellen sich diesem Unterstützungswillen der Industriestaaten in den Weg. Vor allem die Eigeninteressen der Industriestaaten sind es, die unter den Hindernissen die ersten Plätze einnehmen und verhindern, daß es zu einer stufenweisen Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Struktur in diesen Ländern kommt. An die Ehrlichkeit des guten Willens wird man daher erst glauben können, wenn nicht jeder Schritt, der fremde Rohstoff- und Absatzmarktinteressen gefährdet, mit kommunistischen Umtrieben oder zentral gelenkten Verschwörungen gegen die Freiheit des Unternehmertums in den Industriestaaten gleichgesetzt, sondern als für die Entwicklung des jeweiligen Landes notwendig anerkannt und unterstützt wird. Von den Völkern der unterentwickelten Länder die Geduld zu fordern, auf diese Wandlung hoffnungsvoll zu warten, erweist sich angesichts der Dringlichkeit einer "Besserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen (oder doch... einer sichtbaren Bewegung in dieser Richtung)" als sinnlos. (Baran: Unterdrückung und Fortschritt, S. 105)

Ausgehend von den speziellen Verhältnissen in Griechenland, Persien und der Türkei sind daher einige Betrachtungen anzustellen, die durchaus für alle anderen unterentwickelten Länder der Welt Gültigkeit besitzen.

Zweifellos richteten sich die Forderungen der unterdrückten Völker zuerst einmal nicht auf qualitative Veränderung ihrer Gesellschaften. "Die Objekte ihres Zorns und ihres Veränderungsbegehrens waren vielmehr 1. die parasitäre Oberschicht, die sich große Stücke des Nationalprodukts aneignete und diese bei ihrer extravaganten Lebensweise verschwendete, 2. die Regierungsmaschine, die die Interessen der Regierenden besorgte und beschützte, 3. die reichen Geschäftsleute, die riesige Gewinne einstrichen und sie nicht produktiv verwendeten, und 4. die ausländischen Kolonialherren" (Schutzmächte, etc.), "von denen mit Recht oder mit Unrecht angenommen wurde, daß sie aus ihren Entwicklungshilfe-Programm ungeheuren materiellen Nutzen zögen" (Baran, S. 105).

Es kann also in keinem Falle angenommen werden, daß es sich um organisierte Volksbewegungen mit dem Ziel eines revolutionären Umsturzes der Gesellschaft handelte. Die Reaktion der einheimischen Oberschicht und der fremden Schirmherren trug jedoch ausschließlich dieser Möglichkeit Rechnung, äußerte sich in antikommunistischer Hysterie, schritt zur Anwendung äußerster Unterdrückungsmaßnahmen und vergaß vor allem, den durchaus berechtigten Forderungen

gen nach wirtschaftlichen Fortschritt und sozialer Gerechtigkeit die geringste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Dazu gesellte sich die offensichtliche Unfähigkeit der Mittelklassen, "die Führung dieser Bewegung (zu) übernehmen und sie in die Bahnen einer bürgerlichen Demokratie" (Baran, S. 105) zu lenken. Es war genau dieser Punkt der gesellschaftlichen Gärung, der im Jahre 1967 in Griechenland erreicht wurde. Der Führer der Zentrumspartei, Papandreu, erklärte dem Kronrat bereits im Jahre 1965 seine Unfähigkeit, den Unmut der Bevölkerung zu dämpfen. Die nachfolgende Verschärfung der Regierungsform bis zum Militärputsch im Jahre 1967 und der Errichtung der Diktatur zeigen die für diese kritische Situation typische Reaktion von Herrschenden und Mittelklassen.

Die Entscheidungen fielen zu jeder Zeit und in jedem unterentwickelten Land zu Ungunsten der Unterprivilegierten.

"Die Differenzen, ja Gegensätze zwischen den Eigentümern großer und kleiner Ländereien, zwischen der monopolkapitalistischen und der konkurrenzwirtschaftlichen Geschäftswelt, zwischen liberaler Bourgeoisie und reaktionär feudalen Oberherren, zwischen einheimischen und ausländischen Interessengruppen wurden zugedeckt von einem neuen, gemeinsamen Vorhaben: der Abwehr des Sozialismus" (Baran, S. 107).

Diese Reaktion sowie eindeutige Beweise der Solidarität, die diese Völker für ihre Forderungen von anderer Seite – nämlich von der internationalen Arbeiterbewegung – erhielten, erzeugten erst die zunehmende Radikalisierung der Forderungen, so daß die Industriestaaten heute tatsächlich mit der von ihnen so sehr gefürchteten kommunistischen Gefahr zu rechnen haben.

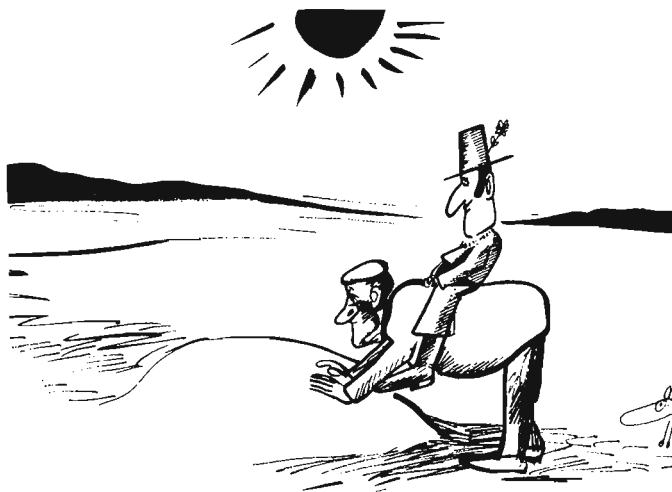
Wenn wir nun zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen – zur Notwendigkeit ökonomischer Entwicklung – zurückkehren, so kann im Zusammenhang mit der geschilderten Entwicklung festgestellt werden, daß "die Möglichkeit, den ökonomischen und politischen Stillstand, der das Leben in den meisten schwachen Ländern charakterisierte, durch die Etablierung eines progressiven Kapitalismus zu überwinden, erlosch" (Baran, S. 107).

Sie erlosch in der Türkei mit der Revision des Kemalismus, in Persien mit dem Sturz Mossadeqs und in Griechenland mit der Errichtung der Diktatur. Diese Feststellung hat jedoch nur beschränkt Gültigkeit, nämlich dann, wenn man von den ausländischen Interessen in diesen Ländern absieht. Unterzieht man diese einer genauen Betrachtung, dann wird deutlich, daß sie selbst eine unabhängige kapitalistische Entwicklung in den unterentwickelten Ländern zu verhindern suchten – wenn nötig mit Waffengewalt.

Wie ist es nun um die Möglichkeiten der an der Macht befindlichen Regierungen bestellt, zur Beseitigung der Unterentwicklung beizutragen?

Es besteht kein Zweifel daran, daß ihnen innerhalb eines bestimmten Rahmens – nämlich der wirkungsvollen Vertretung ausländischer Interessen – alle Schritte zu teilweisen Reformen gestattet sind. Häufig erweist es sich sogar den fremden Interessen zuträglich, Korrekturen an den einheimischen Besitzverhältnissen vorzunehmen, vor allem dann, wenn diese eine klaglosere Durchsetzung ausländischer Profitinteressen zu behindern beginnen.

Die Frage stellt sich jedoch anders: sind die Regierungen in den unterentwickelten Ländern in der Lage, Reformen von



Bringen Sie mich zu der Ungerechtigkeit, von der sie reden.

solcher Tragweite durchzusetzen, daß sich eine Änderung in der bereits unerträglich gewordenen sozialen und wirtschaftlichen Struktur einstellt? Wie hätte eine solche Änderung auszusehen, die geeignet wäre, die permanent existenten Krisen zu beseitigen? Sämtliche wirtschaftliche und soziale Maßnahmen wären ausschließlich den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechend zu setzen. Es gibt kein ausländisches oder inländisches Interesse, dem diese Bedürfnisse geopfert werden dürften. Somit wird deutlich, daß keines der herrschenden Regimes in den unterentwickelten Ländern aufgrund seiner sozialen und politischen Struktur geeignet ist, den Bedürfnissen des Volkes Rechnung zu tragen.

Diese Regimes beruhen auf der durch Furcht begründeten "Bruderschaft der besitzenden Klassen" (Baran), deren Privilegien nicht beeinträchtigt werden dürfen. In keinem Falle genießen sie die Unterstützung und das Vertrauen des Volkes, das sie mit Hilfe von Militär und Geheimdienst in Schach halten müssen. Jede Spur politischer Opposition wird mehr oder weniger restlos ausgelöscht, aktive Gegner des Regimes werden grausam verfolgt. Auf dieser Basis erweist sich jeder Versuch der Realisierung von sogenannten "Entwicklungsprogrammen" als illusionär. "Weil die Regierung gehalten ist, die bestehenden Eigentumsrechte und Privilegien zu hüten, kann sie nicht eine Politik betreiben, die darauf hinausläuft, die Privilegien zu zerstören und das Eigentum sowie das aus ihm resultierende Einkommen für allgemeine gesellschaftliche Zwecke zu nutzen" (Baran, S. 122).

Selbst ausländische Unterstützung – sei es in Form von Krediten, sei es durch Einbeziehung dieser Staaten in internationale wirtschaftliche oder militärische Paktsysteme – wird eine Entwicklung, die ihren Anfang mit dem ersten Tag der Unterdrückung nahm, nicht aufhalten können. Was es für uns, die wir – bewußt oder unbewußt – an der Aufrechterhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung der Völker dieser Länder partizipieren, zu begreifen gilt, ist die Notwendigkeit der Emanzipation. Nicht die Notwendigkeit der Emanzipation der Besitzenden in den Entwicklungsländern gegenüber den Besitzenden in den Industriestaaten, sondern die Befreiung des Menschen an sich – unsere eigene Befreiung!

Autorenkollektiv Graz

aspekte 17

Nieder mit der Junta!

Diese Rede hielt M.F. Perathoner als Vertreter der FÖJ – Bewegung für Sozialismus bei der Griechenlanddemonstration am 20. April 1973

Genossinnen und Genossen!

Wenn wir heute den 6. Jahrestag der Machtübernahme einer faschistischen Militärjunta in Griechenland zum Anlaß für unsere Solidaritätsdemonstration nehmen, so müssen wir uns doch darüber klar werden, was an diesem 21. April 1967 wirklich geschehen ist. In den Reihen derer, die gegen die Junta in Athen auftreten, befinden sich viele – vor allem Sozialdemokraten – die behaupten, mit der Machtübernahme der Putschisten sei die Demokratie gerade in jenem Land abgeschafft worden, in dem sie geboren wurde. Diese Auslegung weicht der eigentlichen Problematik aus und ist in Wirklichkeit nichts als ein Ablenkungsmanöver. Denn obwohl der Putsch ohne Wissen des Königshauses und formal auch gegen die im griechischen Parlament vertretenen rechten Parteien geführt wurde, war er doch keine spontane

Einzelaktion einer Handvoll Offiziere, sondern erfolgte mit voller Unterstützung jener Schutzmacht des internationalen Kapitals, die überall auf der Welt – und nicht nur in Griechenland – dann eingreift, wenn die Profitanlagen des Monopolkapitals durch die bürgerliche Demokratie nicht mehr gesichert erscheinen.

Es gibt schließlich nicht nur eine Form der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital, sondern diese reicht von Sozialpartnerschaft und kollektivvertraglichen Regelungen wie 40-Stunden-Woche und garantiertem Mindesturlaub bis hin zur Unterbezahlung und Massenarbeitslosigkeit; das heißt also von den Formen der bürgerlichen Demokratie bis hin zur offenen faschistischen Unterdrückung jeglichen Widerstandes, vor allem aus den Reihen der Arbeiterschaft. Darum also dürfen wir nicht dabei stehenbleiben, die Unterdrückung des griechischen Volkes durch die Junta zu bejammern, sondern müssen eben jene Zusammenhänge sehen, die deren Machtübernahme erst ermöglichten. Die Lage in Griechenland ist darum kein Einzelfall und der Faschismus dort ist eben nur dann zu verstehen und auch wirkungsvoll zu bekämpfen, wenn wir ihn als das verstehen, was er ist: eben eine Form der Ausbeutung, die das Kapital dann wählt, wenn die Arbeiterschaft in einem Land das wahre Wesen der bürgerlichen Demokratie durchschaut hat. Deshalb also, und wegen der zunehmenden Bedrohung der militärischen Positionen der USA in Griechenland, hat die Junta 1967 zugeschlagen, und deswegen übernimmt heute eine ähnliche Militärclique die Herrschaft in der Türkei.

Der Kampf gegen diese bedrohliche Entwicklung, ganz egal in welchem Lande sie auftritt, kann eben nur von der Arbeiterschaft und nur dann geführt werden, wenn sie diese Zusammenhänge und damit ihre Interessen erkennt, im eigenen Land und auch in anderen Ländern. Dann ist die Solidarität, die wir mit unserer Demonstration heute zum Ausdruck bringen wollen, nicht nur ein Symbol, sondern ein wirksames Kampfinstrument gegenüber allen Formen der Ausbeutung und kapitalistischen Herrschaft, in diesem oder jenem Land, in dieser oder jener Form. Darum also müssen wir die Arbeiterschaft in ihren Aufgaben bewußt machen, damit internationale Solidarität kein leeres Wort bleibt, sondern wirklich internationale Solidarität wird.

Und in diesem Sinne rufen wir:

HOCH DIE SOLIDARITÄT MIT DEN KÄMPFENDEN
ARBEITERN, STUDENTEN UND BAUERN IN
GRIECHENLAND!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT!



Einen bezeichnenden Akt für Sektierertum boten die KPÖ und die ihr angeschlossenen Organisationen, als sie zur gleichen Zeit eine eigene Demonstration aufziehen wollten. Die KPÖ holte sich mit ihrer Veranstaltung, bei der 50 Personen erschienen, eine Abfuhr. Am nächsten Tag erschien in der "Volksstimme" ein Bericht über diese (spalterische) Aktion. Die Demonstration der anderen linken Gruppen, die immerhin 500 Personen umfaßte, wurde verschwiegen.

Stellungnahme der FÖJ - Bewegung für Sozialismus anlässlich der Indochina- Demonstration vom 18. 5. 1973

Ein Indochinakomitee Wien hat zu einer Besprechung linker Organisationen im Lokal der MLS für Mittwoch, den 9. Mai 1973 eingeladen. Anlaß der Einladung ist ein Vorschlag dieses neuen Indochinakomitees, für den 18. Mai 1973 eine Demonstration zu organisieren. Die Demonstration soll sich gegen die ständigen Verletzungen des Waffenstillstandsabkommens seitens des US-Imperialismus in Vietnam und Laos, sowie gegen seine fortgesetzte Aggression in Kambodscha richten.

Wir haben an dieser Besprechung nicht teilgenommen und wir werden uns auch nicht an den Vorbereitungen zu dieser Demonstration beteiligen. Wir halten es aber für notwendig, unsere Haltung zu begründen und innerhalb der Linken zu vertreten:

Es hat sich bei antiimperialistischen Kampagnen wiederholt gezeigt, daß die MLS sich immer wieder über gemeinsame Beschlüsse und Vereinbarungen hinwegsetzt. Sie propagiert einerseits die Losung, sich an die "Massen" zu wenden, ihr Auftreten bei der bisher eindrucksvollsten Demonstration am 19. Jänner 1973 in Wien für den Sieg der indochinesischen Völker dokumentiert aber das Gegenteil: der Redner der MLS ignorierte formal wie auch inhaltlich die Beschlüsse der Demonstrationsleitung und wurde durch den Unmut der Manifestanten gezwungen, seine Rede abzubrechen.

Die Bildung eines eigenen Indochinakomitees ohne die geringste Klärung der Möglichkeiten, zum mindesten Teile jenes Indochina-Solidaritätskomitees zu reaktivieren, welches die Demonstration am 19. Jänner 1973 organisiert und durchgeführt hat; die kurzfristige Initiierung von Demonstrationen, ihre Durchführung ungeachtet aller Voraussetzungen quantitativer und qualitativer Natur; jeglicher Verzicht, Öffentlichkeit herzustellen; Zwischenfälle, wie sie von der MLS am 1. Mai provoziert wurden, beweisen, daß es sich bei der MLS nicht nur um eine aktionistische Auffassung von der Funktion von Demonstrationen handelt, sondern auch um eine ganz bewußte taktische Einsetzung und Instrumentalisierung der internationalistischen Solidarität für die eigenen politischen Zwecke der MLS. Die MLS geht an Demonstrationen mit einer Einstellung heran, welche diese teils zum Selbstzweck, teils zum Austragungsort politischer Rivalitäten zwischen linken Gruppen degradiert.

So wird am 18. Mai 1973 in Österreich allen sichtbar vor Augen geführt werden, daß die internationalistische Solidarität - geht man von dieser Demonstration aus - in Österreich nur einige Monate seit ihrer bisher machtvollsten Manifestation über die Schranken eines ML-Zirkels nicht hinausreicht.

Die Vorantreibung des antiimperialistischen Kampfes auf der Basis der internationalen Solidarität setzt eine Selbstsolidarisierung innerhalb der Linken voraus. Sie ist in Österreich nur gemeinsam imstande, die notwendige Propagierung internationaler Ereignisse in der Bevölkerung, vor allem aber in der Arbeiterschaft, und hier besonders entsprechend der Lage dieser Arbeiterschaft, korrekt zu bewerkstelligen. Die Politik der MLS, sowohl in Fragen des antiimperialistischen Kampfes, als auch des nationalen Klassenkampfes, widerspricht allen positiven Erfahrungen aus der Geschichte dieser Kämpfe. Sie ist nicht nur falsch, sondern auch schädlich.

Wien, 15. Mai 1973

Rückblick auf den 1. Mai

VORGESCHICHTE

Der Kommunistische Bund Wien (ML) kündigte für den 1. Mai eine Demonstration gegen das Stillhalteabkommen, gegen die Politik der Sozialpartnerschaft und für kampfstärke Gewerkschaften an. Im Gegensatz zu SPÖ und KPÖ sollte diese Demonstration keine Parteisache, keine Selbstbeweihräucherung einer einzelnen Organisation werden, sondern für alle klassenkämpferischen Arbeiter und Studenten offen sein. Die FÖJ - Bewegung für Sozialismus hielt eine solche Demonstration für sinnvoll, hielt auch die Losungen für richtig und wollte sich ohne eigene Transparente an der Demonstration beteiligen und auch ihren Lautsprecherwagen zur Verfügung stellen.

Wir hatten uns aber gründlich getäuscht, als wir glaubten, die Wiener ML-Gruppen hätten zumindest für den 1. Mai ihren sektiererischen Führungsanspruch über die sozialistische Bewegung zurückgestellt. Kurz vor dem 1. Mai erhielten wir vom KB den Durchschlag eines an die GRM (Trotzkisten) gerichteten Briefs. Aus diesem Brief ging hervor, daß der KB an einer gemeinsamen Demonstration der Linken nicht interessiert sei, daß er andere Losungen als die von ihm bestimmten nicht dulden werde und die Teilnahme von GRM und FÖJ als Provokation betrachte: "Weil wir allen Grund zur Annahme haben, daß Ihr versuchen werdet, die FÖJ in Eure Provokationen zu verwickeln, geht ein Durchschlag dieses Schreibens an die FÖJ, ..."

In der politischen Begründung für die Ablehnung der Teilnahme der GRM wurde unter anderem deren Losung "Arbeiterdemokratie im ÖGB" als "Einfluß der bürgerlichen Ideologie" auf die Arbeiterschaft bezeichnet. Ist der KB gegen die Demokratisierung des ÖGB? Will er einen bloßen Führungswechsel im ÖGB ohne Aufhebung der Bevormundung der Gewerkschaftsmitglieder durch den Apparat? Will er bloß die alte Gewerkschaftsmaschinerie übernehmen, ohne an deren Stelle neue Formen der gewerkschaftlichen Massendemokratie zu setzen? Was Marx und Engels in bezug auf die Pariser Kommune von 1871 schrieben, daß nämlich das Proletariat die alte Staatsmaschinerie nicht einfach übernehmen könne, sondern an ihre Stelle neue Formen der Massenherrschaft setzen müsse, gilt unserer Meinung nach auch für die Entwicklung einer klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik. Ohne die unmittelbare und breiteste Teilnahme der Arbeiter an der Gewerkschaftspolitik kann es keine kampfstarken Gewerkschaften geben. Ohne die Durchsetzung der Arbeiterdemokratie in den Gewerkschaften ist eine Loslösung der Gewerkschaftspolitik von den Interessen der Kapitalisten überhaupt nicht möglich. Wenn die ML-Gruppen dies nicht anerkennen, fallen sie hinter die Erfahrungen der Geschichte der Arbeiterbewegung auf die Erfahrungen der bürgerlichen Revolutionen zurück, wo bloß eine herrschende Minderheit durch eine andere ersetzt wurde.

Der Brief des KB stieß vor allem die jüngeren und neuen FÖJ-Mitglieder zurück, die gegenüber der Demonstration, die der KB angemeldet hatte, offen waren und das Mißtrauen anderer FÖJ-Mitglieder nicht teilten. Dennoch wurde keine pauschale Ablehnung der Teilnahme an der Demonstration beschlossen, sondern man wollte sich an Ort und Stelle entscheiden, ob man mitgehen werde oder nicht.

"Bei vielen linken kleinbürgerlichen Intellektuellen hat man den Eindruck, daß ihr in den meisten Fällen faschistoider Sozialisationsprozeß ihre eigene Spontaneität so früh und so ohne Rest kastriert hat, daß ihnen gar nichts anderes übrig bleibt, als sich der 'reinen' leninistischen oder stalinistischen Parteidisziplin zu unterwerfen. Man hat den Eindruck, daß sie aus ihrer besonderen deutschen und kleinbürgerlichen Not eine allgemeine proletarische Tugend zu machen suchen und sich an die Mutterbrust einer autoritären politischen Organisation werfen, nicht etwa weil sie den 'Anti-Autoritismus' überwunden, sondern weil sie diese 'Kinderkrankheit' nie wirklich durchgemacht haben." (Michael Schneider, Gegen den linken Dogmatismus, eine "Alterskrankheit" des Kommunismus, Kursbuch 25, 1971 Kursbuch Verlag, Berlin, S. 84/85)

DIE MAI-DEMONSTRATION

Vor Beginn der Demonstration hatte der KB ein paar Ordner aus seiner Nahkampfschule hinter dem ML-Block versammelt, die einen langen Strick in den Händen hielten, um den ML-Block von anders denkenden klassenbewußten Arbeitern, Lehrlingen und Studenten rein zu halten. Nachdem sie von einigen Lehrlingen der Gruppe N. A. P. A. L. M. lächerlich gemacht wurden – einige Lehrlinge sprangen über den Strick hin und her –, bekamen sie von ihren Führern Anweisung, den Strick einzuziehen. Diese Ordnertruppe, die sich dadurch auszeichnete, daß sie klotzig herumstand, finster dreinschaute, überhaupt nicht argumentieren konnte und sich dauernd auf die Befehle der Führer berief, war also die in dem KB-Brief bereits angekündigte Drohung: "Wir werden für einen ungestörten und geordneten Verlauf der Demonstration zu sorgen wissen". Spielten die ML-Gruppen bisher nur die ideologische Sprachpolizei innerhalb der Linken, so fangen sie jetzt an, wirklich Polizei gegen andersdenkende klassenbewußte Arbeiter, Lehrlinge und Studenten zu spielen. (Wer fürchtet sich vorm schwarzen Mann?)

Ordnungsfanatismus zeichnete den Aufmarsch der ML-Truppe aus, die größtenteils aus Studenten bestand. Die ML-Genossen gingen wie bei einer Prozession genau hintereinander und nebeneinander. Sie gingen zwanghaft genau entlang der gelben Fahrbahnlinien und Straßenbahnschienen. Dieses Ritual der Anpassung an die Verkehrslinien hat wahrscheinlich die symbolische Bedeutung, daß sie auf der richtigen proletarischen Linie, am proletarischen Strich gehen. Der ML-Block erinnerte der Form nach an den Aufmarsch einer Turnergruppe von der SPÖ, wenn auch die Uniformen fehlten. Der ML-Block fügte sich somit ins Bild des bisherigen Ablaufs ein: Zuerst die SP-Prozession, dann die KP-Prozession, dann die ML-Prozession.

Im Gegensatz zur Ankündigung des KB-Wien, eine für alle klassenbewußten Arbeiter, Lehrlinge und Studenten offene Demonstration zu veranstalten, wollten die ML-Gruppen unter sich bleiben, also sich selbst beweihräuchern, genauso wie SPÖ und KPÖ. Der ML-Block war ebenso wie die traditionellen Aufmärsche eine reine Vereinessache. Beim ML-Block durften nur solche Leute mitgehen, die sich der ML-Ordnung unterwarfen. Die ML-Gruppen verstehen sich bescheiden als lokale Parteiaufbauzirkel, als Bestandteile einer kommenden proletarischen Avantgarde. Tatsächlich gebärden sie sich so, als wären sie schon "die Partei" des Proletariats. Sie spielen sich selber die Führung der sozialistischen Bewegung vor, ohne zu verstehen, daß viele klassenbewußte Arbeiter, Lehrlinge und Studenten von selbstherrlichen Führern und vom Geführtwerden mehr als genug haben. Durch ihr Auftreten verhinderten die ML-Gruppen eine für alle klassenbewußten Kräfte offene Demonstration. Für die ML-Gruppen sind nur die eigenen Anhänger "klassenbewußte Arbeiter und Kommunisten" (= Selbstbeweihräucherung), während alle anderen Linken für sie "kleinbürgerliche Strömungen" darstellen. Es zeugt von Größenwahn und Wunschdenken, wenn sich studentische Kleinbürger selbst zu klassenbewußten Arbeitern und zu den einzig wahren Kommunisten ernennen.

Hannes MORSCHL

Deine Lebensversicherung durch

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

Sommer- und Wintersport- artikel

SÄMTLICHE SKIMONTAGEN

Sport-Heindl

WIEN VI, MOLLARDGASSE 2

TELEFON: 56 57 533

Hoch der Aktionismus

Wenn Linke andere Linke niederbeißen wollen, so gibt es kaum einen heftigeren Vorwurf als den des Aktionismus. Linke jeder Fraktion gebrauchen ihn gegen fast jede andere Fraktion. Manchmal gibt man noch schmückende Beiwörter wie "blind", "blindwütig" oder "kleinbürgerlich" dazu, so daß der so Gezeichnete sofort verstummen muß.

Dieser Vorwurf ist nichts als der Terror jener, die es immer noch besser wissen wollen, die glauben, mit noch einem Buch noch ein paar Löffel linker Weisheit fressen zu können. Die verschiedensten Marxisten, die zuerst ein paar tausend Seiten Marx, Lenin und die dazugehörige Fraktionsliteratur lesen müssen, um dann zu sagen, jetzt müssen wir den Kapitalismus analysieren, denn ohne diese Analysen wissen wir nicht, wo anzusetzen, wollen die revolutionäre Bewegung aus ihren Köpfen herausspinnen. Aus der Analyse wird schon die Praxis herauspringen, die Analyse braucht man nur anzuwenden, und schon weiß man, wie man die richtige Politik macht.

Dieser intellektuelle Terror, der jeden zum Schweigen bringen muß, der nicht so viel gelesen hat, sei es weil er arbeiten muß, sei es weil er sich was lustigeres Vorstellen kann als 40 Bände Marx und 40 Bände Lenin zu lesen, ist der Tod für jede politische Tätigkeit. Zuerst muß man alles wissen, dann wird man mit der Praxis beginnen. Die Neugier, das akademisch-wissenschaftliche Interesse ist sicher gut, aber man soll nicht sagen, daß dies die einzige Vorbedingung für jede Praxis ist.

Der grundlegende Fehler all dieser Theoretisiererei ist der Glaube an das geschriebene Wort: Nur aus Büchern und Zeitschriften kann man lernen. Dementsprechend ist auch die Praxis: In den Büchern steht etwas von Grundwiderspruch, darauf glaubt man mit dem abstrakten Grundwiderspruch schon Praxis machen zu können.

Das wäre noch nicht so tragisch, aber daß sich die Flugblätter der MLS nach zwei Jahren noch immer nicht gebessert haben, zeigt, daß man dort nicht bereit ist, aus der Praxis zu lernen. Stimmt die Realität mit den in den Büchern gefundenen Weisheiten nicht haarscharf überein, um so schlimmer für die Realität.

Jede Aktion muß immer genauestens theoretisch untermauert sein, wer nicht ein paar Marxzitate zur Begründung einer Aktion anführen kann, hat keinen Anspruch, ernst genommen zu werden. Wehren wir uns endlich gegen das Diktat der Mehrleser! Da wir heute nicht vor der Revolution stehen, da wir keine Verantwortung für eine Massenbewegung tragen müssen, muß jede Praxis den Charakter des Experiments haben. Bereit sein, aus den Fehlern zu lernen, heißt auch bereit sein, Fehler zu machen. Was haben die linken Organisationen schon zu verlieren? Sicherlich: im Lernprozeß wird uns die Theorie, die wir aus den Büchern gewinnen, von Nutzen sein, aber ohne das ständige Experimentieren ist die Theorie reine Selbstbefriedigung, wobei auch das recht schön sein kann. Nur in der Aktion können wir lernen, welche Argumente verstanden werden, wie es möglich ist, Unzufriedenheit zu mobilisieren und zu organisieren, was die Arbeiter und Angestellten wirklich bewegt und bedrückt. In den meisten linken Organisationen, weiß man immer ganz genau, worunter die Arbeiter zu leiden haben, und auch gleich, wie sich die Arbeiter das erklären sollen. Nur leider wollen die Arbeiter das nicht wissen, weil sie nicht die richtigen Bücher gelesen haben. Das aber stört die wenigsten Linken. Mit der Zeit werden es die Arbeiter schon begreifen. Wenn man oft genug vom Spätkapitalismus spricht, dann wird sich auch ganz sicher der Kapitalismus entschließen, in sein Endstadium zu treten. Man tut so, als würden die Arbeiter, leiden sie nicht worunter sie gemäß der Theorie zu leiden haben, zufrieden und glücklich sein. Das einzige was fehlt, sind noch genauere Analysen. Diesen Idealismus, dieses Wunschdenken gilt es zu überwinden.

Peter ROSNER



Stellungnahme der FÖJ - Bewegung für Sozialismus zum Berufsverbot des Wolfgang Massl

Die Nichteinstellung Wolfgang Massls als wissenschaftliche Hilfskraft auf der Universität Salzburg vergegenwärtigt anschaulich den Klassencharakter des Kapitalismus. Jeder, der auch im Rahmen der Spielregeln der formalen Demokratie die Ziele des Kapitalismus in Frage stellt und das politisch zum Ausdruck bringt, hat mit schweren beruflichen Benachteiligungen zu rechnen.

Durch Berufsverbote soll den Linken einerseits wichtige Interventionsgebiete versperrt werden und andererseits sollen sie dadurch materiell unter Druck gesetzt werden.

Diese Art der Auseinandersetzung mit fortschrittlichen politischen Strömungen wurde in jüngster Zeit u. a. durch den Rauschmiß von KPÖ-Betriebsräten aus den staatlichen Elin-Werken publik, weiters durch den Fall von Prof. Stadler in Müzzzuschlag und nun an Wolfgang Massl, der wegen seiner Mitgliedschaft beim Kommunistischen Studentenverband ein weiteres Opfer dieser reaktionären Politik wurde. Die Diskriminierung von Wolfgang Massl fordert jeden Linken, gleichgültig welcher Richtung, zur Solidarität auf. Denn das nächste Mal kann jeder von uns durch solche Maßnahmen betroffen sein.

Nur mit gemeinsamen Aktionen sind wir stark genug, einen gehörigen Druck auszuüben, nur mit gemeinsamen Aktionen verunmöglichen wir es den Gegnern, uns gegenseitig auszuspielen und jeden von uns einzeln in die Enge zu treiben. In diesem Sinne unterstützen wir die Bildung eines Solidaritätskomitees durch Teile der Sozialdemokratie, der KPÖ und marxistischer Gruppen.

So begrüßenswert diese Aktionseinheit auch ist, so ist es dennoch wichtig, die zwiespältige Rolle der KPÖ und der linken Kräfte der Sozialdemokratie in ähnlich gelagerten Fällen anzuprangern. Wo sind die Proteststimmen und Kampagnen linker SPÖ-Kreise anlässlich der ungesetzlichen Kündigungen von KP-Betriebsräten in der Elin geblieben?

Der Alleinvertretungsanspruch der KPÖ, die einzig wahren Marxisten zu sein, und die Folge, alle anderen marxistischen Gruppierungen als Handlanger der Konterrevolution zu bezeichnen, läßt es als sehr unwahrscheinlich erscheinen, daß bei Kriminalisierungen oder Benachteiligungen von Mitgliedern anderer marxistischer Gruppierungen die KPÖ ebenfalls Akte der Solidarität setzen würde. (Siehe z. B. das skandalöse Verhalten der DKP bei der Verbotsandrohung des KB-Bremen.)

FÜR DIE EINSTELLUNG DES WOLFGANG MASSL
ALS WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT!

ENTLARVUNG DER HEUCHLERISCHEN PHRASE VON
DER UNPOLITISCHEN WISSENSCHAFT UND DEN
UNPOLITISCHEN STAATSDIENERN!

FÜR FREIE POLITISCHE BETÄTIGUNG IM
AUSBILDUNGSPROZESS UND IN DER
ARBEITSSPHÄRE!

Zur Lehrlingsfrage

Das "Unternehmen STOP" der Österreichischen Gewerkschafts-Jugend (ÖGJ) und eine Untersuchung des Instituts für empirische Sozialforschung (IFES) bestätigten unsere Kritik an der Lehrlingsausbildung in Österreich. Denn: Trotz Sozialpartnerschaft, trotz Jugenschutz und Arbeitsinspektorat, trotz Gewerkschaften und Arbeiterkammern – Lehrling sein in Österreich heißt: Ausbeutung statt Ausbildung, Übertretung und Mißachtung des Berufsausbildungsgesetzes und der Jugendschutzbestimmungen.

Wurde unsere Kritik an der Berufsausbildung durch Verallgemeinerung von Einzelschicksalen und durch ein "ungutes Gefühl" geprägt, so wurde uns durch die repräsentative Umfrage des IFES – 1200 Lehrlinge wurden befragt – ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der privatwirtschaftlichen Berufsausbildung in die Hand gegeben.

Wie nun die Ausbildung der Jugendlichen in den privaten Klein- und Großbetrieben aussieht und warum dieses Ausbildungssystem bekämpft werden muß, werde ich nun zu präzisieren versuchen.

70 % der österreichischen Lehrlinge arbeiten im Kleingewerbe und -handel. Die praktische Ausbildung ist vor allem Arbeit für das Unternehmen. Daß diese Ausbildung nur eine unternehmensspezifische sein kann, liegt wohl auf der Hand und ist nur ein Aspekt der Lehrlingsausbildung in Kleinbetrieben.

Hier steht die "Meisterlehre" noch in voller Blüte, denn hier ist der Lehrling noch immer die billige Arbeitskraft, das Objekt für Aggressionen und Ausbeutung. Die Heranziehung des Auszubildenden zu berufsfremden Arbeiten und unbezahlten Überstunden ist fast obligatorisch!

+ Zwei von fünf Lehrlingen werden zu berufsfremden Arbeiten herangezogen. Der Lehrling wird dabei hauptsächlich für jene Arbeiten eingesetzt, für die sonst eigene Kräfte gebraucht würden oder die ansonsten der Anordnende selbst erledigen müßte. Dementsprechend stehen Aufräumen, Waschen und Putzen im Vordergrund: jeder fünfte Lehrling wird in dieser verantwortungsvollen Tätigkeit "ausgebildet". Fast gleich oft werden sie zu persönlichen Dienstleistungen und Besorgungen für Vorgesetzte und Kollegen herangezogen. Jeder vierte Lehrling muß solchen berufsfremden Arbeiten regelmäßig einen Teil seiner Arbeits- und damit Ausbildungszeit opfern, weitere 14% kommen zum mindesten gelegentlich zu solchen Arbeiten an die Reihe. Für 3% der Lehrlinge stellen solche Tätigkeiten den überwiegenden Teil ihrer Arbeitsleistung dar.

+ Etwa jeder achte Lehrling arbeitet regelmäßig mehr als 42 Stunden in der Woche, ohne Überstunden bezahlt zu bekommen. Weitere 14% machen regelmäßig jede Woche – allerdings einigermaßen korrekt bezahlte – Überstunden

Dazu kommen noch etwa 18% die gelegentlich Überstunden leisten. Nur 55% aller Lehrlinge werden fast nie oder nie zur Überstundenarbeit herangezogen.

Im Detail sieht dieses Bild noch skandalöser aus: 50% der Kfz-Mechanikerlehrlinge leisten berufsfremde Arbeiten. Bei den Friseuren sind es sogar 75%. Im Einzelhandel verbringen über 30% der Lehrlinge einen beträchtlichen Teil ihrer Arbeitszeit mit berufsfremden Arbeiten. In den Fremdenverkehrsbetrieben arbeiten 50% der Lehrlinge mehr als die gesetzlich vorgeschriebene Arbeitszeit, zumeist ohne Überstundenzahlungen; drei Viertel dieser Lehrlinge arbeiten auch an Sonn- und Feiertagen, fast ein Viertel leistet verbotene Nacharbeit. In den Bäckereien werden 15% der Lehrlinge zu verbotener Nacharbeit angehalten.

Dazu kommt noch in vielen Betrieben die Einschränkung der persönlichen Freiheit der Lehrlinge in punkto Haare, Kleidung, Meinungsäußerung.

Wen wundert es also dann, bei all diesen Mißständen und dem unzureichenden – unternehmensspezifischen – Ausbildungssystem, daß ein großer Prozentsatz der Lehrlinge bei der Lehrabschlussprüfung durchfällt!?

Man kann also sagen: Bei der Beschäftigung von Lehrlingen im Kleingewerbe und -handel geht es in der Regel nicht darum, die Ausbildung möglichst intensiv und umfassend zu gestalten – die Wertschöpfung kann dabei nur eine untergeordnete Rolle spielen –, sondern die billige Arbeitskraft des Jugendlichen intensivst auszubeuten, ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit seiner Berufsausbildung und seiner Gesundheit.

"Die Lehrlinge selbst spüren das sehr genau: Bei der Umfrage des IFES bejahten 46% der Lehrlinge uneingeschränkt die Feststellung, daß sein Betrieb auf Lehrlingsarbeit angewiesen ist, daß er also wirtschaftlich schlechter dastünde, wenn er keine Lehrlinge hätte. Weitere 23% halten diese Feststellung in ihrem Fall zumindest teilweise für zutreffend..." (Lehrling in Österreich, Hallo Nr. 4/73).

Ist die Lehrlingsausbildung in den Klein- und Mittelbetrieben äußerst ungenügend, so steht in der Großindustrie die Ausbildung des Jugendlichen zum nützlichen Fachidioten an oberster Stelle.

Innerbetriebliche Lehrwerkstätten, theoretischer und praktischer Unterricht und eigene Auszubildner stellen zwar gegenüber kleineren Betrieben einen relativen Fortschritt dar, aber im Gegensatz zu den Klein- und Mittelbetrieben ist die Ausbeutung der Arbeitskraft des Jugendlichen in den Großbetrieben auf lange Sicht angelegt.

Die Lehrlinge verbringen eine von Betrieb zu Betrieb verschiedene Zeitspanne in der Lehrwerkstatt und treten erst dann voll in den Produktionsprozeß ein. Oft merken aber die Lehrlinge selbst nicht, daß sie schon in der Lehrwerkstatt für die Produktion arbeiten. Serienarbeit, primitive Hilfsarbeiten und Arbeitshetze sind nicht mehr die Ausnahmen, die die Regel bestätigen.

Gerade in den Großbetrieben ist aber die Solidarität unter den Lehrlingen viel eher gegeben als in den kleinen. Das muß natürlich – von der Sicht des Unternehmers – auf alle Fälle verhindert werden.

Körperliche Züchtigungen und strafweises Verrichten von berufsfremden Arbeiten kommt hier relativ öfter vor, als in den Kleinbetrieben. Das soll aber nicht heißen, daß in der österreichischen Industrie die Lehrlinge noch durchwegs

brutalen Unterdrückungsmethoden ausgesetzt sind – die Methoden haben sich verändert, die Unterdrückung bleibt. Bei diesem Unterdrückungssystem ist es besonders wichtig, die Zersplitterung unter den Lehrlingen zu fördern und die Isolierung jedes einzelnen voranzutreiben. So ist sogar in manchen Großbetrieben die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterjugend verboten.

So schreibt zum Beispiel die Firma Eumig, die ein Paradebeispiel für die Lehrlingsausbildung in der Großindustrie sein könnte, über sich selbst und ihre Lehrlingsausbildung unter anderem: "So zählt man... die Lehrlingsausbildung zu den wichtigsten Investitionen. Bei der Einstellung der Lehrlinge wird die allgemeine Eignung nach besonderen Gesichtspunkten – nicht nur nach dem bisherigen Schulerfolg – beurteilt und bewertet. Auch im weiteren Verlauf der Ausbildung sind Fleiß, Disziplin und Verlässlichkeit ebenso ausschlaggebend wie die Lernerfolge.

In den eigenen Lehrwerkstätten erwirbt der Lehrling unter Anleitung erfahrener Meister eine den wachsenden Schwierigkeitsgraden angepasste praktische Ausbildung. Die Berufsschule vermittelt ihnen das notwendige theoretische Wissen. Doch das Unternehmen geht noch einen Schritt weiter: Ein firmeneigener Werksunterricht sorgt durch qualifizierte Pädagogen für die Vertiefung und firmenausgerichtete Ergänzung der Fachkenntnisse und der Allgemeinbildung. Gleichzeitig werden Lernerfolge sowie geistige und charakterliche Entwicklung in engem Kontakt mit der Berufsschule beobachtet.

Die Firma greift aber auch in die Erziehung ein. In ständiger Fühlungnahme mit dem Elternhaus befaßt sie sich auch mit Fragen des Umgangs, der Hobbies, der Lektüre usw. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung wird nicht nur angeregt, sondern praktisch auch ermöglicht. Für gute Schulleistungen gibt es, ebenso wie zu Weihnachten, wertvolle Geschenke." (Der Mensch bleibt unentbehrlich, Kurier, 17.3.1973; Sonderseite 51.)

Einiges geht unter anderem aus der Selbstdarstellung der Fa. Eumig klar hervor: In der heutigen Industrie ist das fachliche Können längst nicht alles, was verlangt wird. Ein Lohnsklave muß eben auch noch andere Voraussetzungen als berufliches Können mitbringen um ein "guter Lohnsklave" zu sein; nämlich: Fleiß, Disziplin, gute Führung, allzeitige willige Verfügbarkeit, Parieren, Resignation, ...

Und wenn ein Lehrling durch die Erzieher, Geschäftshuber und Disziplinierer im Betrieb (Vorgesetzte, Kollegen, Betriebsrat) nicht in diesem Sinne erzogen werden kann, dann treten eben andere – außerbetriebliche – Erziehungsinstitutionen auf den Plan: Elternhaus, Berufsschule, Jugendfürsorge, Bundesheer.

Die Lehrlinge haben deshalb auch allen Grund, sich verraten zu sehen und zu fühlen, verraten von den Eltern, denen es ja sowieso "gut geht", den Gewerkschaften, die den braven Sozialpartner spielen, den Parteien, die für sie nichts übrig haben, weil sie für sie noch kein Wählerpotential darstellen, der Kirche, die nur Demut zu predigen weiß.

Viele Lehrlinge haben erkannt, daß der Protest des einzelnen gegen dieses Ausbildungs- und Unterdrückungssystem nichts einbringt. Sie beginnen sich zu organisieren um für ihre Rechte und Bedürfnisse gemeinsam zu kämpfen: in Wien, Graz, Linz, Innsbruck...

Einer Resolution der Siemens-Lehrlinge, München, habe ich nichts mehr hinzuzufügen:



"Wir protestieren gegen eine Ausbildung, in welcher Jugendliche mit unpädagogischen Mitteln genötigt werden, sich einer Betriebshierarchie einzufügen, die nicht geeignet ist, einen jungen Menschen zu demokratischer Haltung zu erziehen. Jeder Gedanke an Kritik wird autoritär niedergedrückt. Während der Zeit unserer Ausbildung wurde uns immer klarer, daß in der Lehrwerkstatt einzig und allein das Recht des Stärkeren maßgebend ist. Jeder von uns mußte im Laufe seiner Lehrzeit erfahren, daß er keine Möglichkeiten hatte, sich gegen dieses Ausbildungssystem zur Wehr zu setzen. Wir protestieren gegen eine Ausbildung, in der durch körperliche Züchtigungen Angst, Minderwertigkeitskomplexe und seelische Hemmungen hervorgerufen werden, die das Selbstbewußtsein der Lehrlinge im starken Maße mindern. Wir haben Beispiele und Belege für unsere Behauptung gesammelt; es ist an der Zeit, den Betriebsfrieden des Hauses Siemens zu stören, ein Friede, der durch die Macht weniger auf dem Rücken der Mehrheit der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge hergestellt wird. Es ist nicht das 'Interesse der Gesamtheit', wie es uns die Betriebsordnung vorgaukelt, sondern das Profitinteresse der Minderheit, das uns zu nützlichen Fachidioten ausbilden ließ." (J. Weiler, R. Freitag, "Ausbildung statt Ausbeutung"; Vorwort von Günter Wallraff, Seiten 8/9.)

Werner MATHEIS

INFORMATION

Vor einem Jahr demonstrierten Jugendliche der Großfeldsiedlung für ein Jugendzentrum. Sie überreichten Bürgermeister Slavik eine Resolution, in der sie ihre Vorstellungen eines Selbstverwaltungs-

zentrum darlegten.

Bis jetzt reagierte weder die Stadtverwaltung noch der Bürgermeister darauf.

Dafür zeigte sich der Sozialdemokrat sehr aktiv am impertinentesten Fest des Jahres (OPERNBALL) wo die Reichen zur Schau tragen, was die Arbeiter für sie erarbeitet haben.

Über die Demonstration der Arbeiterjugend konnte der Bürgermeister nur lachen.

Trotzdem war sie nicht umsonst.

Jugendliche aus anderen Siedlungen und die Lehrlingsgruppe N.a.p.a.l.m. schlossen sich mit den Jugendlichen aus der Großfeldsiedlung zusammen und fordern alle auf sich zu solidarisieren!

IM KAMPF FÜR SELBSTVERWALTUNGSZENTREN IN DENEN SICH JUGENDLICHE POLITISCH UND KULTURELL FREI ENTFALTEN KÖNNEN , OHNE RÜCKSICHT AUF PARTEIINTERESSEN UND GEGEN DIE PROFITGIER PRIVATER CLUBBESTITZER.

Kontakt: Ernst Prosper-Buchelle
1217 Wien Pastorstraße 31/62/2 Tel: 38 78 573

Munoz Pedro
1110 Wien Rohrhofergasse 6-8/8/22 Tel: 74 59 653

Lehrlingsgruppe N.a.p.a.l.m.
1040 Wien Belvederegasse 10 Tel: 65 19 52

Flugblatt, das in der Großfeldsiedlung verteilt wurde.



WAS ZU DEMONSTRIEREN WAR

ist uns anlässlich der chauvinistischen Ortstafelstürme in Kärnten mit unserer Aktion in der Kärntnerstraße Oktober 1972 so gut gelungen, daß ihre demonstrative Wirkung bis heute sich fortsetzt: wie erinnerlich, wollten wir mit der symbolischen Entfernung einer Einbahntafel in der Kärntnerstraße testen, ob die Exekutive in Österreich überall so lax und leger vorgeht wie in Kärnten, wo vor grinsenden Exekutivbeamten Ortstafeln abgerissen, auf Befehl einschreitende Gendarmen angegriffen wurden, ohne daß gegen die bekannten Täter das geringste unternommen worden wäre. In Wien reagierte damals die Polizei prompt, nahm zwei Genossen erwartungsgemäß fest, wobei dem zweiten, Werner Matheis, der Prozeß wegen Verstoßes gegen den § 81, "Widerstand gegen die Staatsgewalt" gemacht wird. In Wirklichkeit wollte er Herbert Brunner zuhulfe eilen, der, an einem Verkehrstafelmast hängend, von pflichtbewußter Beamtenhand heruntergezerrt wurde und dabei mit dem Kopf voran aus anderthalb Meter Höhe zu Boden zu stürzen drohte. Die Absicht dahinter ist klar erkennbar: eine bedingte Verurteilung des Genossen Matheis, der bisher unbescholten ist, würde bestens den Weg für seine weitere Kriminalisierung ebnen, sollte er bei politischen Aktionen künftighin sich besonders bemerkbar machen. Das Aufreizende daran ist, wie schon bei dem von uns provozierten Vorgehen der Exekutive in Wien, der Unterschied, der wieder einmal und konsequent gemacht wird: schlägt einmal die Volksmentalität des biederen Herrn Karl über die Stränge und trifft sie dabei selbst ihresgleichen in Uniformen, werden beide blaue Gesetzhüteraugen zugedrückt; ein linker Demonstrant, der bei Auftauchen von Beamten nicht strammsteht und die brutale Amtshandlung stört, wird festgenommen, angeklagt, nach Möglichkeit gleich "eingesperrt". Was zu demonstrieren war.

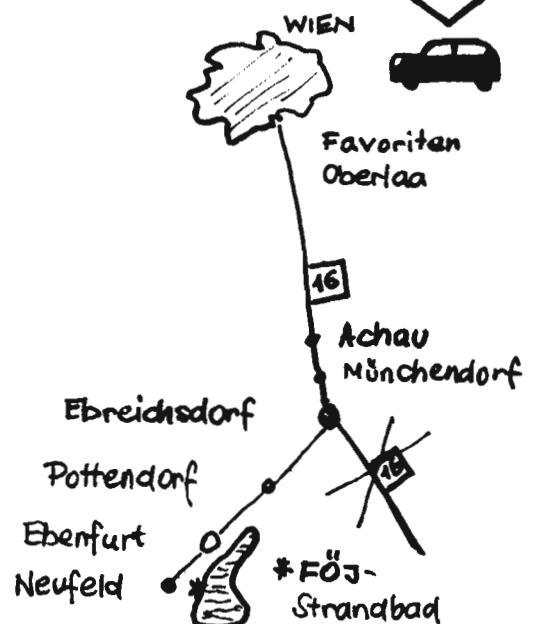
P. S. : Sollte das Verfahren von Justizminister Broda nicht niedergeschlagen werden, wie wir es durch unseren Rechtsanwalt beantragt haben, werden wir diese muntere Demonstration der Behörden durch eigene weiterbeleben.

NEUFELDERSEE SOMMERAKADEMIE 1973

Im Rahmen der heurigen Sommerakademie werden in Referaten und Diskussionen kommunalpolitische Fragen, Probleme der Organisation, Schwerpunkte unserer Herbstaktivität und Vertiefung theoretischer Ansätze stehen, die in den "Grundsätzen" unserer Organisation erarbeitet wurden. Ein detailliertes Programm wird bis Ende Juni veröffentlicht und zugeschickt werden.

Schon jetzt besteht die Möglichkeit, auf unserem Strand am Neufeldersee sowohl Urlaub zu machen, als auch das Wochenende mit Freunden und Bekannten zu verbringen. Die Zelte sind aufgestellt, so daß die Möglichkeit der Übernachtung besteht. Für Mitglieder sind ermäßigte Badesaisonkarten im Sekretariat der FÖJ-Bewegung für Sozialismus zu erhalten.

Zum Neufeldersee



Politgangster

